

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Die Zukunft der Kleinhandwerker.

III.

Wenn es also möglich wäre, die Kleinhandwerker in Genossenschaften zur gemeinsamen Produktion zu vereinigen, wenn es möglich wäre, das Geld aus Privatmitteln aufzubringen, was dann?

Dann wären die Kleinhandwerker eben keine Kleinhandwerker mehr, sondern Großproduzenten.

Die Scheidung in der Gesellschaft würde sich dann auf anderem Wege vollziehen, als es jetzt geschieht, wo ein Handwerker Großfabrikant wird und 1000 in das Proletariat herabsinken. Es würden dann vielleicht 20-30 zu Großfabrikanten bringen und 970 Proletariat werden, nur, daß sich dann der Prozeß etwas schneller vollzöge als jetzt.

Darin läge allerdings ein Vortheil. Je schärfer die Scheidung in Großfabrikanten und Proletariat, desto zwingender wird die soziale Frage, desto größer die Notwendigkeit an Staat und Gesellschaft, der Noth, dem Elende Abhilfe zu schaffen.

Der Handwerkerstand steht heute noch zwischen den Extremen, noch dient er dazu, die soziale Lage zu vertuschen, während dann, wenn Mitglieder des Handwerkerstandes auf dem Wege der Assoziation selbst als Gegner des Kleinbetriebes auftreten, der letztere noch viel schneller von der Bildfläche verschwinden würde.

Deshalb könnten wir die Bildung von Handwerker-Produktionsgenossenschaften wohl mit Freuden begrüßen.

Doch dieselben sind, wie wir im vorigen Artikel nachgewiesen haben, unmöglich, sie scheitern an der Geldfrage. Die Kapitalisten leihen ihr Geld lieber den Grundbesitzern, den Fabrikanten, sie beteiligen sich auch noch lieber an Aktiengesellschaften, als an einer pauperen Handwerker-Genossenschaft. Und wenn wirklich ein paar solcher Genossenschaften zu Stande kämen, von denen eine oder die andere florirte, was würde das mit der Zukunft der Kleinhandwerker zu thun haben.

Ja! Wenn alle Handwerker und alle Arbeiter in Produktionsverbänden zusammentreten könnten, das wäre etwas anderes. Dann wäre allerdings das Kleinhandwerk auch vernichtet, dann wäre die gesamte gewerbliche Thätigkeit in großindustriellen geworden, aber zum Heile aller Beteiligten.

Dazu würde aber eine Umgestaltung unserer ganzen sozialen Produktionsverhältnisse erforderlich sein.

Dies näher hier auszuführen und zu begründen, wollen wir für heute unterlassen; es gehört auch nicht direkt zu unserem Thema, aber das haben die Handwerker aus

unseren Artikeln herauslesen können, daß für sie die einzige Stellung nur in einem engen Anschluß an die Arbeiterbestrebungen liegt.

Es wird jetzt fast von keiner Seite mehr geleugnet, daß der Kleinbetrieb im Konkurrenzkampfe dem Großbetrieb erliegt. Unklare und eitle Handwerksmeister und Reaktionsäre, welche unser ganzes wirtschaftliches Leben gern dem Mittelalter wieder entgegenschleppen wollen, denken durch Kunst- und Lüge-Bestrebungen dem Handwerkerstand emporzuhelfen. Strohhalm ist das, die man dem Ertrinkenden zuwirft! Die Genossenschaften und Vereine, die durch Schulze-Delitzsch angeregt, entstanden sind, haben gleichfalls dem immer tiefer sinkenden Handwerkerstand keine Hilfe gewähren können. Sie mögen gut gemeint sein, aber geholfen haben sie nicht.

Was bleibt somit dem versinkenden Handwerkerstand übrig? Rückwärts kann er nicht, die Gegenwart hilft ihm nicht, also strebe er vorwärts. Dies Vorwärtstreben aber ist nur zusammen mit den Arbeitern möglich. Wird dem Arbeiterstande geholfen, so wird auch dem Handwerkerstande geholfen werden.

Versteht jetzt der Handwerker in die Klasse der Lohnarbeiter, so muß er alles Proletariatselend gleichfalls ertragen, helfen aber die Handwerker den Arbeitern bei ihren Bestrebungen, das Arbeiterloos durch eine vollständige Sozialreform, durch Arbeiterschutzgesetze zu verbessern, dann haben die Handwerker den großen Vortheil, daß sie bei ihrer Vernichtung durch das Großkapital einen aufblühenden Arbeiterstand vorfinden, dem sie dann angehören.

So giebt es also auch für die Handwerker, die nicht rückwärts, noch seitwärts schauen dürfen, nur eine Parole: Vorwärts!

## Politische Uebersicht.

Was soll man zu dem Rechenschaftsbericht betreffend die Verlängerung des Belagerungszustandes in Berlin, Altona u. s. w. sagen? Eigentlich gar nichts — er gleicht dem vorjährigen, wie ein Ei dem andern und gipfelt in dem Bemühen, den Beweis zu erbringen, daß Belagerungszustand und Sozialistengesetz gar notwendige Dinge seien, einmal weil seit Erlass dieser Gesetze die Sozialdemokratie immer mehr heranwuchs und das andere mal, weil die Sozialdemokratie seit jener Zeit immer mehr verschwinde. Wachse sie aber heran, dann müssen die Gesetze in Geltung bleiben, damit die Sozialdemokratie nicht noch mehr wachse, gehe sie aber zurück, dann müssen die Gesetze erst recht in Kraft bleiben, um die Sozialdemokratie noch mehr zurückzudrängen. Mit diesen Argumenten bringt man es allerdings fertig, die Nothwendigkeit jener Gesetze für alle Ewigkeit zu beweisen. Fast sollte man annehmen, daß Herr Gneist der Verfasser des

zu lieren. Wenn er von dem Testament Kenntniß erhält, so wird er keine Rücksicht mehr kennen. Ich werde ihm das Geld zahlen müssen, und je eher das geschehen kann, desto besser ist es, Loffow darf von diesem Handel nichts erfahren."

Er ging in den Empfangsalon zurück und füllte sein Glas noch einmal, dann zog er heftig an der Glockenschnur.

Joseph erschien so rasch, daß man hätte vermuthen können, er habe auf den Ruf gewartet und seine Haltung war so trozig und herausfordernd, daß sie sogar dem Gutsbesitzer auffiel.

"Sie sind auch als Zeuge vernommen worden?" fragte Rabe, nachdem sein stehender Blick eine Weile forschend auf dem Kammerdiener geruht hatte.

"Und sollte ich noch zehnmal vernommen werden, so wird man aus mir doch nichts herausbringen, wenn ich nicht reden will," antwortete Joseph in sarkastischem Tone.

"Wenn Sie nicht reden wollen? Was wollen Sie damit sagen?"

"Daß nach meiner Ansicht der Zeuge nicht verpflichtet ist, Alles zu sagen, was er weiß."

Rabe zog die Brauen hoch hinauf, in seinem starren Blick spiegelte sich eine namenlose Angst.

"Sind Sie über die Papiere befragt worden?" sagte er.

"Ueber diesen Punkt bin ich sehr leicht hinweg gegangen," erwiderte Joseph, der jetzt einen vertraulichen Ton anschlug, "aber ich hätte über einen andern Punkt Auskunft geben können, der gar nicht berührt worden ist."

"Wollen Sie mir Räthsel aufgeben?"

"Für jeden Andern wäre es ein Räthsel, für uns Beide ist es keines."

"Ich verbitte mir diesen Ton," fuhr Rabe auf, "vergessen Sie nicht, wenn Sie gegenüber stehen! Welcher Punkt ist nicht berührt worden?"

Rechenschaftsberichts sei oder daß sich zum wenigsten die Verfasser desselben bei dem Professor Gneist, der bekanntlich „Alles beweist“, Rath geholt hätten.

Ueber die zunehmende moralische Feigheit und Abstumpfung der politischen Empfindung stellt die „Nation“ gelegentlich der Eröffnung des Reichstages die nachstehenden Betrachtungen an:

Von irgend welchem Enthusiasmus, von irgend welcher Feische der Empfindung ist nirgends eine Spur wahrzunehmen. Selbst die bunten, staatssozialistischen und kolonialpolitischen Fahnen, die sonst so krampfhaft hin- und hergeschwenkt wurden, hängen diesmal schlaff herab und von dem „wirtschaftlichen Aufschwung“, dem langjährigen Paradesperde unerer „Staatsbehaltenden“ Parteien, zu reden, ist fast so wenig höflich geworden, wie im Hause der Gebenkten vom Strick zu sprechen. Wer nicht aus alter Wohnhaft, aus Rücksichten des Berufs oder aus anderen praktischen Gründen sich für verpflichtet hält, Begeisterung oder wenigstens Zufriedenheit zu zeigen, der macht auch aus seiner Nichtstimmung gar kein Hehl, und diese Nichtstimmung setzt sich bei den meisten Staatsbürgern in Passivität um. Es scheint, daß eine Abstumpfung der politischen Empfindungen eingetreten ist, die den augenblicklichen Nachhabern gewiß das Regieren sehr erleichtert, aber die Reakierten nicht gerade in einer schmeichelhaften Rolle zeigt. Die schwächer werdende politische Spannkraft dokumentirt sich vielleicht durch nichts deutlicher, als durch die Gleichgültigkeit gegen Ungemach, das andere trifft. Wir erleben Massenauweisungen, die über tausende von Familien Kummer und Elend bringen, und die wenigen sind zu zählen, die jenen Ausstreibungen mehr als ein nur vorübergehendes Interesse widmen. Man billigt jene Ausstreibungen ebensowenig wie man sie begreift, aber man möchte sich nicht gern durch die Opposition gegen eine mächtige Regierung in Ungelegenheiten bringen. Und Nehmliches wiederholt sich im Kleinen wie im Großen alle Tage. Es ist ja so bequem, mit dem Strom zu schwimmen. Was habe ich davon, sagt sich der „praktische“ Politiker, wenn ich meiner besseren Ueberzeugung folge: Schaden, Unbequemlichkeiten, Kränkungen! Der Geheimrath entzieht mir seine Kundtschaft, der Landrath verschließt mir seinen Salon; hier gilt es, dem Sohn eine einflußreiche Konnexion zu sichern, dort ist der Erwerb eines Titels oder Ordens in Gefahr; und dann die Aufregung, die Möglichkeit, wegen eines unbedachten Wortes vor's Gericht geriert zu werden, die große Arbeit und die geringe Aussicht auf Erfolg. Also wappnen wir uns lieber gegen die Stimme unseres politischen Gewissens und schimpfen wir bei feierlichen Gelegenheiten im loyalen Chor auf die, welche nicht begreifen wollen, welche Etre es ist, vom Fürsten Bismarck schlecht behandelt zu werden! Selbstverständlich geschieht sich unter hundert Personen nicht eine ein, wie sehr moralische Feigheit die eigentliche Ursache ihres politischen Verhaltens ist. Wie gern betrügt der Mensch sich selbst und sucht seine Untermüßigkeit auf die eigene Ueberzeugung zurückzuführen.

Den politischen Nero in einem Volke zu betäuben, ist schon manchem Staatsmann gelungen; aber ist das ein Erfolg, auf den seine Urheber stolz sein können?"

Lippen preßten sich fest auf einander, und flammende Blitze zuckten aus den weit geöffneten Augen.

"Die Flasche, in der das Gift sich befand, war dieselbe Flasche, aus der Georg seinen Brantwein trank," erwiderte er. "Wollen Sie vielleicht das in Zweifel ziehen?"

"Ja wohl, Herr Rabe."

"Und worauf stützen Sie diese Zweifel?"

"Auf die Verschiedenheit der Flaschen," erwiderte der Kammerdiener.

Rabe zuckte die Achseln.

"Ich glaube, Sie greifen Vermuthungen aus der Luft, die nur dazu dienen sollen, die Thatsache zu verwirren," sagte er.

"Reineswegs, meine Behauptungen stützen sich auf Wahrheit. Als ich die Papiere holte, nahm ich die Brantweinflasche mit, ich wollte dadurch den Verdacht auf Andere lenken. Diese Flasche übergab ich Ihnen, es war eine Mineralwasserflasche, sie trug die Aufschrift: „Künstliches Selterswasser“. Die Flasche aber, die Sie mir gestern zurückgaben mit dem Befehl, sie auszugießen und in den Park zu werfen, trug die Aufschrift: „Apolinaris-Brunnen. Doppellohlfensäure Fällung“. Die Verschiedenheit dieser beiden Flaschen konnte ich mir nicht erklären, ein Lausch mußte stattgefunden haben. Aber wie, wann und in welcher Weise war er geschehen? Die Antwort auf diese Frage fand ich, als ich heute Morgen entdeckte, daß die Flasche, die das Gift enthielt, genau dieselbe Flasche war, die ich damals aus der erbrochenen Kiste mitgenommen und Ihnen übergeben hatte."

Mit der Hand auf eine Ecke des Tisches gestützt, stand Rabe seinem Kammerdiener gegenüber, den starren Blick drohend auf ihn geheftet.

"Das ist eine Lüge!" erwiderte er. "Ich habe Ihnen dieselbe Flasche gegeben, die ich von Ihnen erhielt."

"Ich bin meiner Sache gewiß!" erwiderte Joseph ruhig.

"Sie sind ein — — wie wäre denn ein Lausch möglich gewesen? Wie hätte ich Ihnen eine andere Flasche geben können?"

## Feuilleton.

### Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

Herr v. Barnelow winkte dem Kutscher, der das Pferd am Bügel auf und ab führte, dann blickte er forschend zu den Fenstern des Schlosses hinauf.

"Wann wünschen Sie, daß ich wieder komme," fragte er.

"Sie wollen also wirklich noch einen Versuch machen?"

"Wenn Sie meine Schuld nicht auf eine zu schwere Probe stellen, ja."

"Lebensfalls werden Sie warten müssen, bis der Gärtner beerdigt ist. Es ist überhaupt in den letzten Tagen hier so viel Unangenehmes vorgefallen, daß ich Ihnen den Rath geben möchte, sich noch einige Zeit zu gedulden."

"Und meine Spielschuld?"

"Bah, Sie können in der nächsten Nacht wieder so viel gewinnen, wie Sie in der vorigen verloren haben."

"Das ist ein schlechter Trost."

"Dem Spieler von Profession bleibt kein anderer, und ein Trost ist es immerhin, wenn er sich auch auf eine schwache Hoffnung stützt. Ich werde morgen zu Ihnen kommen und weiter mit Ihnen berathen, gedulden Sie sich wenigstens so lange."

Herr von Barnelow gab darauf keine Antwort, der Ausdruck seines Gesichtes verrieth, daß die ersten Worte Rabe's ihn tief beleidigt hatten. Er schwang sich in den Sattel und lästete den Hut.

"Wie morgen also!" sagte er, dann ritt er von hinnen, und Willibald Rabe sah ihm mit glühendem Blick nach.

"Ich habe da einen dummen Streich gemacht," murmelte er, "es ist immerhin gefährlich, mit solchen Leuten sich



Die vorstehenden Schilderungen sind recht zutreffend, so weit dieselben Bezug auf das Verhalten des kleingeistigen Spektators und des abhängigen Beamten haben sollen. Es ist eine allbekannte Thatsache, daß die Rudimente des einst demokratisch gefühlten Bürgerthums kaum noch eine Spur freier Freiheitsregungen aufweisen; ihre Sprößlinge betrachten es als das höchste Glück, in irgend ein Staatsamt einzutreten und die Konkurrenz auf diesem Gebiete hält von vornherein jeden freiherrlichen Gedanken von ihnen fern. Sind sie glücklich in den Hafen irgend eines Amtes eingelaufen, so gilt es, weiter Karriere zu machen und dazu ist vor Allem ein recht gouvernementales Verhalten notwendig. Zum guten Theil resultirt dieses aus moralischer Feigheit, zum Theil ist es freilich auch auf das Konto unserer wirtschaftlichen Zustände zu setzen.

Der demokratische Gedanke und die politische Lebendigkeit sind aber dennoch vorhanden, sogar in weit größerem Maße als früher. Die freiherrliche Fahne wird jetzt von Arbeitern vorgetragen, in den Arbeiterkreisen pulst heute frisches politisches Leben. Je matter das öffentliche Leben in den andern Kreisen glimmt, je mehr moralische Feigheit und Gleichgültigkeit dort wachsen, um so stärker und heller werden Muth und Theilnahme in dem jugendlichen Streben der Arbeiter aufleuchten: „Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen!“ Eine Zukunft haben nur die Bestrebungen der Arbeiter.

Für Einführung der Sklaverei in moderner Form treten die Herren von der ostafrikanischen Gesellschaft noch immer ganz ungenirt ein. Ein Mitglied dieser Ehrenmänner, Namens v. d. Heydt, erklärt ganz offen, daß ohne die Sklaverei die ganze Kolonialpolitik keinen Werth habe. Entweder muß man den ganzen Kolonialismus als eine Verirrung fallen lassen oder sich mit der Sklaverei abfinden — meint dieser Afrikaner. — Die „Wei. Zig.“ bemerkt dazu sehr zutreffend:

Wir überlassen es den Interessenten in den übrigen deutschen Kolonien in Westafrika, wenn sie es für nöthig halten, dieses Entweder-Oder abzulehnen und dem deutschen Volke zu zeigen, daß seine Fahne über deutsche Kolonien wehen kann, ohne daß sie irgend eine Form der Sklaverei zu decken hat. Wir begnügen uns zu sagen, wenn wir nur um den Preis Kolonien haben können, dann weg mit den Kolonien! Das deutsche Volk ist bisher fast ganz fern geblieben von dem Verbrechen des Sklavenhandels und dem Uebel der Sklaverei, es wird nicht geneigt sein, in später Stunde sich an einer Sache zu betheiligen, die nach dem Zeugniß einer vierhundertjährigen Geschichte nicht nur die Sklaven, sondern, was eben so schlimm ist, auch ihre Herren verdirbt.

Sonderbarer Grund zur Versammlungsauflösung. In Springe bei Hannover fand vor Kurzem eine Arbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Arbeiterschutzesatzung“, worüber Herr C. Vertram aus Hannover referirte. Die Versammlung war von circa 400 Personen aus Springe und Umgebung besucht. Als derselbe die Aenderarbeit einer scharfen Kritik unterzog und zu dem Schluß kam, daß die Aenderarbeit radikal beseitigt werden müsse, rief der anwesende Kreissekretär des Amtes Springe dem überwachenden Beamten zu: „Nadikal, das bedeutet Auflehnung gegen die Staatsgewalt und ersuche ich Sie, die Versammlung aufzulösen, was auch von dem Gendarmen-Wachmeister pflichtschuldigst geschah.“

Die Herr Eugen Richter von der französischen Bourgeoispresse gefeiert wird, davon legt folgende Korrespondenz der „France“ Zeugniß ab. Es heißt da in Hinblick auf die Gröndung des deutschen Reichstags: „Das Schicksal der Politik des Herrn v. Bismarck hängt wie gewöhnlich von den Interpellationen des Herrn Eugen Richter ab; derselbe ist gesonnen, in dieser Session noch mehr den Kanalar zu bekämpfen, wie sonst und kann man sich auf einen ersten Anprall gefaßt machen. Der eiserne Barziner wird alle Biß und Gewandtheit verwenden müssen, um nicht im Parlament seinen Meister zu finden, denn hinter Eugen Richter steht das gesamte Volk; er ist trotz seines fäulischen Ursprungs sehr populär und singt man selbst in den Schulen ein Lied, das anfängt: „Prinz Eugen, der edle Richter.“ — Prinz Eugen aber kann hier mit Recht ausrufen: Herr schütze mich vor meinen Freunden! Ober sollte am Ende doch — die Korrespondenz ist datirt aus Berlin — in solch unvoriglichem Gewande die Klame einbeschreiben?

Die sächsischen Behörden und die freien Hilfskassen. Die sächsischen Behörden haben demontirt den zentralisirten Hilfskassen wiederholt die größten Schwierigkeiten bereitet, und thun es in Dresden noch gegenwärtig. Da bei den sächsischen Behörden keine Abhilfe zu erzielen war, haben sich die Herren Karl Deisinger (Vorstand der Allgemeinen Metallarbeiter-Krankenkasse) und Raffle (Vorstand der Allgemeinen Schuhmacher-Krankenkasse) mit der Bitte um Remedur, nicht nur in dem vorliegenden Falle, sondern überhaupt in Beziehung auf die mangelhaften gesetzlichen Verhältnisse, welche das Vorkommen solcher Fälle ermöglichen, an die Zentralstelle

Ueber das Gesicht des Kammerdieners glitt ein boshaftes Lächeln.

„Möglich ist Alles,“ erwiderte er, „man muß nur den Muth haben, den Folgen die Stirne zu bieten.“

„Ich werde Sie entlassen,“ sagte Rabe, zitternd vor Erregung, „Sie nehmen sich mir gegenüber zu viel heraus. Wenn Sie behaupten wollen, daß ich Ihnen den Auftrag gegeben habe, die Papiere zu stehlen, so werde ich dieser Behauptung energisch entgegenzutreten. Ich habe Ihnen nur gesagt, daß ich von dem Inhalt dieser Papiere Kenntniß zu erhalten wünsche, und wenn Sie daraufhin einen Einbruch verüben, so fallen die Folgen dieses Verbrechens auf Sie allein zurück.“

Der Kammerdiener verlor seine trohige Ruhe nicht, die drohenden Blicke seines Herrn konnten ihn nicht einschüchtern.

„Ich hege nicht die Absicht, eine Beschuldigung gegen Sie auszusprechen,“ erwiderte er, „ich habe ja vorhin schon behauptet, daß ich nicht sagen würde, was ich wisse. Kurz vormdem Sie die Flasche mir übergaben, waren Sie im Park —“

„Rähe!“

„Ich habe Sie hineingehen und zurückkommen sehen!“

„Sie wollen mir drohen, aber —“

„Herr Rabe, eine Drohung ist noch nicht über meine Lippen gekommen, aber was ich mit Bestimmtheit weiß, daran soll Niemand rütteln. Und was ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe, das —“

„Das berechtigt Sie noch immer nicht zu kindischen Vermuthungen,“ fiel Rabe mühevoll ihm in's Wort. „Sie glauben wahrscheinlich, ich habe nicht den Muth, Sie zu entlassen, weil ich Ihre Drohungen fürchte, und darauf geküßt, veruchen Sie jzt, Geld zu erpressen, aber dieser Plan, so schlau er auch erfunden sein mag, wird Ihnen nicht oelangen.“

Der Kammerdiener strich mit der Hand über sein glatt rasirtes Gesicht und zuckte leicht die Achseln.

„Die Entlassung ist ja ohnedies nahe,“ erwiderte er, „der Oberst von Studmann wird schwerlich mit dem Gute auch das Personal übernehmen.“

in Berlin gewandt, und fand am vorigen Freitag vom Herrn Minister von Bötticher in längerer Audienz empfangen worden. Die beiden Delegirt-n übergaben dem Herrn Minister eine umfangreiche Petition. Herr v. Bötticher nahm das Schriftstück mit den Ueberreichern desselben sorgfältig durch, erklärte, daß er keineswegs den freien Hilfskassen feindlich gegenüberstehe — obwohl er an die Zukunft derselben nicht glaube — und versprach für eine Regelung der gesetzlichen Verhältnisse im Sinne der Petition eintreten zu wollen, falls sich der Vor-schlag bei weiterer Prüfung als durchführbar erweise. In Beziehung auf die Situation in Dresden erklärte er ausdrücklich: Die dortigen Kassenmitglieder brauchen nicht die zu Unrecht von ihnen verlangten Beiträge zur Driskasse zu zahlen. Sie sollten, wenn sie bei den sächsischen Behörden kein Recht bekommen könnten, es allenfalls auf Exekution ankommen lassen und mit gerichtlichen Klagen vorgehen. Die abgepreßten Beiträge müßten ihnen schließlich zurückerstattet werden, einerlei, ob sie inzwischen Unterstützung aus der Driskasse erhalten hätten oder nicht.

Ueber die Berichte der deutschen Fabrik-Inspektoren für das Jahr 1884 bringt die „Kammer“ eine Besprechung von Dr. Emanuel Sax. In derselben wird wieder auf die Unübersichtlichkeit und geringe Eintheilbarkeit, sowie auf den Mangel eines General-Berichts hingewiesen. Die 48 Einzelberichte der deutschen Aufsichtsbeamten, bemerkt Dr. Sax, „geben im Ganzen ein Bild an uns vorüber und bis auf ein paar dürftige Tabellen fehlt es an jeder Zusammenfassung zu einem einheitlichen Bild. Unter solchen Umständen müßte man erwarten, daß das Reichsamt des Innern, in dem diese Berichte zusammengestellt werden, wenigstens für die schnellste Veröffentlichung derselben Sorge trägt, aber es scheint, daß die Redaktion der „Amtlichen Mittheilungen“ aus diesen Berichten viel Mühe macht, sonst wäre es undegreiflich, warum die österröichlichen Inspektionsberichte, die doch einen Generalbericht enthalten, schon im März ausgegeben werden konnten, während die deutschen erst jetzt zur Ausgabe gelangen.“

Die Stärke des deutschen Heeres beträgt nach dem Etatentwurf für 1886/87 18 150 Offiziere, 51 413 Unteroffiziere, 790 Zahlmeister-Aspiranten, 13 440 Spielleute, 347 965 Gefreite und Gemeine, 3531 Jagarethgehilfen und 10 135 Delonomiehandwerker, zusammen also 427 274 Mannschaften. Dazu kommen noch 1686 Militärärzte, 783 Zahlmeister, 619 Rofärzte, 737 Wärsenmacher und 93 Sattler. Die Zahl der Dienstperde beträgt 81 773. Im Vergleich zum Vorjahre soll stattfinden eine Vermehrung der Offiziere um 11, der Zahlmeister-Aspiranten um 1, der Gefreiten und Gemeinen um 157, der Delonomiehandwerker um 8 und der Wärsenmacher (Waffenmeister) um 80. Eine Verminderung ist beabsichtigt bei den Unteroffizieren um 162, den Spielleuten um 3 und den Jagarethgehilfen um 1 Mann. Die starke Verminderung der Unteroffizierstellen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß, wie bereits im vorigen Etatentwurf vorgeschlagen war, die Waffenmeister bei den Feld-Artillerie-Regimentern, die bisher als Unteroffiziere eingestellt und verpflegt werden, eine höhere Dienststellung mit 765 M. bekommen sollen. Außerdem ist für Bayern eine Verminderung der Unteroffiziere bei den besonderen Formationen um 133 projekirt, ohne daß diese Verminderung näher erläutert ist. Ebenso findet in Bayern auch eine Herabsetzung der Zahl der Kavalleriemannschaften um 110, dagegen eine Vermehrung der Infanteristen um 198 statt. Diese Veränderungen werden erst durch den bayerischen Spezialetat eine Erläuterung erfahren. Die Zahl der Dienstperde soll im Ganzen um 175 vermehrt werden, indem bei der preussischen Feldartillerie ein Zugang von 256, bei der bayerischen Artillerie dagegen ein Abgang von 81 vorgesehen ist.

Solingen, 24. November. Die Strafkammer zu Elberfeld hat vor einigen Tagen eine für weiteste Kreise wichtige Entscheidung gefaßt. Ein Messerschläger und ein Messerschmied aus der Nachbargemeinde Dorp waren durch Strafbefehle zu 3 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie sich und die bei ihnen beschäftigten Söhne nicht zur Driskasse angemeldet hatten. Gegen den Strafbefehl hatten dieselben Einspruch erhoben, waren aber vom hiesigen Schöffengericht kostenföällig abgewiesen worden. Gegen diesen Entscheid meldeten sie die Berufung an, und die Strafkammer sprach sie frei in Erwägung u. A., daß die Angeklagten nicht allein die Anschaffung des zur Verfertigung der Fabrikate erforderlichen Rohmaterials, sondern auch die Verarbeitung desselben auf eigene Rechnung bewirkten, die so verfertigte Waare dann an andere ablegten, daß demgemäß keiner der Angeklagten für eine Person als Versicherungs-pflichtig angesehen werden könne. Die Versicherungspflicht der im Hause ihres Vaters lebenden Söhne resp. die sich daraus ergebende Pflicht zur Anmeldung anlangend, so habe dieselbe die Voraussetzung, daß die Söhne nicht allein thatsächlich in dem Gewerbe ihres Vaters beschäftigt seien, sondern daß sie für diese Beschäftigung auch Gehalt und Lohn bezögen. Darin aber, daß die Söhne im Gewerbe des Vaters mit thätig seien und den Unterhalt im elterlichen Hause hätten, könne nicht eine Beschäftigung gegen Gehalt oder Lohn im Sinne des Gesetzes

„Also das wissen Sie auch schon?“

„Ein guter Kammerdiener muß stets von Allem unterrichtet sein.“

„Sie sind ein Spion!“

„Ich spionire nur dann, wenn es mir befohlen wird, oder wenn mein eigenes Interesse es erfordert. Mit der Gegenwart allein ist Niemandem gebient, man sieht auch gerne in die Zukunft. Wie gesagt, Herr Rabe, auf meine Entlassung bin ich gefaßt, und was meine Zukunft betrifft, so habe ich meinen Plan bereits entworfen. Ich will einen kleinen Gasthof übernehmen, das Zeug dazu fühle ich in mir, es handelt sich nur noch um die Mittel.“

„Und die soll ich Ihnen wohl geben?“

„So dachte ich.“

„Da hätten wir also die Erpressung!“

„Sie werden entschuldigen, Herr Rabe, es ist nur eine Bitte, und wenn Sie Ihrem Kammerdiener auf einen grünen Zweig helfen, so wird das ja Niemand befremden.“

Rabe hatte sich in den Sessel, neben dem er stand, niedergelassen, er schien seine Ruhe wieder gefunden zu haben.

„Haben Sie schon einen Gasthof gefunden, den Sie übernehmen können?“ fragte er.

„Noch nicht, aber die Gelegenheit bietet sich ja täglich, in jeder Zeitung werden Gasthöfe angeboten.“

„Und die Wirthin?“

„Franziska wird eine Wirthin sein, wie sie im Buch steht.“

„Die Rechnung scheint ja schon nach allen Seiten hin fertig zu sein,“ spottete Rabe.

„Allerdings, nur das Geld fehlt noch.“

„Und wie groß müßte die Summe sein?“

„Mindestens zehntausend Thaler.“

„Zur Uebernahme eines Gasthofs ist das wenig genug, aber eine unverschämte Forderung ist es, wenn Sie diese Summe von mir verlangen.“

Dieser Ansicht kann ich nicht beipflichten,“ sagte Joseph mit unerschütterlicher Ruhe. „Die Flasche, welche Sie mir übergeben haben, befindet sich noch in meinen

gefunden werden, weil dieser Unterhalt, wengleich wohl angenommen sei, daß derselbe mit Rücksicht auf die von den Söhnen geleistete, übrigens nicht allein auf das Gewerbe der Angeklagten, sondern auf alle Haushaltungswörter sich erstreckende Aushilfe gewährt worden sei, doch nicht dem Begriff von Lohn oder Gehalt entsprechend als rechtlich erzwingbare Gegenleistung für gewerbliche Thätigkeit angesehen werden könne.

Freitag, 23. November. Heute Vormittag 11 Uhr wurde hier im Landtagsaal durch den Regierungspräsidenten Jäger der sechente ordentliche Landtag des Fürstenthums Reuß a. E. eröffnet. In seiner Ansprache kündigte der Regierungspräsident an, daß sich der Landtag mit dem Etat für 1886-87 und mit verschiedenen Gesetzentwürfen, darunter einem betr. die Verbesserung des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer, sowie einem anderen, betr. Prüfungszugang für Ausbildung des Hofbeschlages, beschäftigen werde. Landgerichtspräsident Dr. Montag erklärte sodann die Sitzung für eröffnet, worauf die Vereidigung der neuen Abgeordneten stattfand.

### Oesterreich-Ungarn.

Am Sonnabend fand in Wien eine kleine bulgarische Demonstration statt, welche ein Einschreiten der Polizei zur Folge hatte. Gegen hundert bulgarische Studenten, welche bisher an verschiedenen deutschen und belgischen Universitäten ihren Studien obgelegen, waren in Wien zusammengetreten, um die Reise nach der Heimath, wo sie als Freiwillige in die Armee einzutreten gedenken, gemeinschaftlich fortzusetzen. Unter den Rufen: „Nieder Mailand! Es lebe Alexander!“ durchzogen sie einige Straßen der österröichischen Hauptstadt. — Nach alter Gewohnheit brachten die Wiener Morgenblätter am Sonntag langathmige Berichte über diese durchaus unbedeutende Demonstration.

### Frankreich.

Die letzte Pariser Krisis hat wieder einmal die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Lage der arbeitenden Klassen in Frankreich mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise stetig sich verschlechtert. Selbst von konservativen Agrarpolitikern, wie v. Reichenstein, wird die „in Folge der ungünstigeren Erwerbsverhältnisse naturgemäß eingetretene erhebliche Minderung des Fleischkonsums“ anerkannt. Während die Arbeitslöhne eine fallende Tendenz zeigen oder mindestens sich nicht erhöht haben, ist eine stöndige Steigerung der Fleischpreise deutlich zu erkennen. Es betragen nach den Ermittlungen der jüngsten landwirtschaftlichen Enquete 1879-80 die mittleren Durchschnittspreise pro Kilogramm Fleisch (nach Abzug der Abfälle):

	1856	1862	1867	1872	1879
Rohfleisch . . .	1.12	1.18	1.36	1.63	1.80
Rohschaf . . .	0.98	1.04	1.21	1.51	1.68
Rohschaf . . .	1.15	1.25	1.42	1.80	1.98
Schafschaf . . .	1.18	1.27	1.45	1.80	1.98
Lammfleisch . . .	1.34	1.08	1.24	1.54	1.71
Schweinefleisch . . .	1.35	1.40	1.42	1.65	1.82
Frühes Fleisch in Stücken . . .	1.10	1.35	1.37	1.75	1.93
Gefalgenes Fleisch . . .	—	1.09	1.25	1.50	1.73

Diese Uebersicht zeigt ein für fast alle Fleischsorten konstant gebliebenes Steigen. Dasselbe ist bei den Preisen des in vorlegtem Zustande verkauften frischen und gefalgten Fleisches stärker gewesen, als bei den ersten fünf Positionen, denen die Engrospreise für das lebende Vieh zu Grunde liegen. Der Arbeiter, die große Masse lauft aber zu Detailpreisen d. h. bedeutend theurer ein. Auch in den folgenden Jahren 1878 und 1879 sind die Preise wenig gefallen: Nur den Viehmarkt von La Bilette (für Paris) ergaben sich folgende Preise für lebendes Vieh (pro Kilogramm):

	1878	1879
für Rohfleisch . . .	1.4	1.56
„ Rohschaf . . .	1.46	1.37
„ Stiersfleisch . . .	1.42	1.32
„ Rohschaf . . .	1.93	1.84
„ Schafschaf . . .	1.81	1.71
„ fettes Schweinefleisch . . .	1.43	1.38
„ mageres Schweinefleisch . . .	1.27	1.09

Seitdem haben sich die Preise wieder erhöht. Durch den ein billiges Rohmaterial durch das Verbot der Einfuhr amerikanischer Schweinefleischs entzogen, und die französischen Landwirthe agirten für Erhöhung der Viehpreise munter und Gerade wie in Deutschland. Die Fische aber bezahlt bei solchem Wirtschaftspolitiker der Proletariat.

### Großbritannien.

William Petty, der Begründer der klassischen politischen Oekonomie, ein Stern ersten Ranges am nationalökonomischen statistischen Himmel, hat in seinem „Political Arithmetic“ (Art. VII) (Politische Arithmetik), 1691 posthum erschienen, eine Berechnung über die Durchschnittsumme der Ausgaben eines jeden Kopfes im vereinigten Königreich angestellt.

Händen, die andere Flasche ist in den Händen des Reichthums und wenn der Assessor im nächsten Verhör die Frage nach richten sollte, ob ich —“

„Schweige Sie!“ fiel Rabe ihm ins Wort.

„Ich kenne mich genau genug, um zu wissen, daß ich mich niemals durch Drohungen einschüchtern lasse. Von einer Wechselung der beiden Flaschen ist mir nichts bekannt, ich sage Ihnen noch einmal, sie kann unmöglich stattgefunden haben. Liegt also hier kein Irrthum Ihrerseits vor, so ist die Anklage absichtlich aus der Luft gegriffen, und es ist Ihnen deshalb den guten Rath, Ihre Zunge im Zaume zu halten, und was Ihre Zukunft betrifft, so bin ich nicht geneigt, etwas für Sie zu thun, vorausgesetzt, daß Sie mir gegenüber einen anderen Ton und eine andere Haltung annehmen. Vor allen Dingen verlange ich die Auslieferung jener Flasche, nicht deshalb, weil sie Ihnen als Beweismittel dienen könnte, sondern lediglich, um Ihren Gehelken zu erproben; so lange Sie in meinen Diensten verbleiben, schulden Sie mir Gehorsam in erster Reihe. Wollen Sie dieser ersten Bedingung sich nicht fügen, so werde ich selbst Sie des Diebstahls beschuldigen und mit Schimpf und Schande entlassen. Jetzt gehen Sie und denken Sie über unsere gegenseitige Stellung nach, und nehmen Sie die Versicherung mit, daß ich Mittel genug besitze, jeder boshaften Verleumdung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Joseph wollte noch eine Erwiderung geben, aber ein energischer Wink befohl ihm, sich zu entfernen, und er schien doch nicht zu wagen, diesem Befehle Trost zu bieten.

Willibald Rabe hatte sich von seinem Siege erhoben, er legte die Hände auf den Rücken und wanderte langsam und nieder.

Die Drohungen des Kammerdieners hatten einen tieferen Eindruck auf ihn gemacht, als er selbst zugegeben wollte, man sah ihm an, daß sie ihn beunruhigten, und daß es ihm unangenehm war, der gewaltig in ihm tobenden Erregung zu gebieten.

Weshalb auch hatte er diesem Menschen sein ganzes

interessirte  
haben das  
zu jener B  
un. Nach  
der Lohn  
in der R  
Rabe betra  
inger sein  
m g d au  
ich; eben  
größer a  
W. St.  
schlechte  
dies möch  
etwas Bett  
modern  
ermüdete  
Schilling  
ihnen Rob  
Bericht  
die Bey  
berweder  
Trenne, L  
Schilling  
die Seidem  
und das R  
nach Karl  
dem Gipfel  
igen, das  
schlechter g  
die Jagar  
reiferen  
schönen De  
sich durch  
sich oder  
samer  
7 Woche  
günstig  
so bill  
Kaiser Fr  
der Berap  
die haben  
Krankhita  
Sozia  
Die  
Wahr Ueb  
amb“ (S  
geht: „S  
Kannort b  
ereine  
die Befehl  
Bewerber  
und Arbeit  
beiter als  
Schwerer u  
ich befand  
wahr“, be  
auch alle  
die Herrn  
schonst  
schonst  
erhalten  
wollen E  
über red  
erzielte.  
nach nie  
halten, au  
was da w  
den Rad  
gelegentl  
für die  
ist, das  
es nur  
von Allem  
was! I  
die Diff  
weisen  
möglich  
nicht  
wäre die  
wären, d  
schlecht







# Grosse Strickgarn- und Strumpfwaaaren-Fabrik

Oranienstr. 166  
Parterre u. 1. Etage.

**BERLIN SO.**

Oranienstr. 166  
Parterre u. 1. Etage.

Filialen:

1. Alexanderstraße 69  
am Alexander-Platz.
2. Invalidenstraße 112,  
Ecke Chausseestraße.
3. Oranienstraße 207,  
vis-a-vis Manteuffelstraße.
4. Skalitzerstraße 108.



Tücher in Jephyr, Castor, Plüsch, Chenille,  
Mohair, Mooswolle  
und Velour in allergrösster Auswahl.



Damen- und Kinderwesten  
mit und ohne Kermel von 1 Mark an bis zu  
den feinsten Qualitäten.



Gehäkelte und gestrichte Kleidchen,  
Däcchen, Damen- u. Kinder-Unterröcke  
in allen modernen Farben.  
Verkauf nach Gewicht.



Kinder-Tricots  
in Wolle, Vigogne und Baumwolle  
von 60 Pf. an.

Camisols,

Seinkleider

und

Schweisssocken,



System Jäger,

zu

Original-

Preisen.

Auf den Lagern befindlich sind ferner folgende besonders  
empfehlenswerthe Fabrikate zu bekannt billigen Preisen:

**Handschuhe**

in Tricot, Buckskin, Strick- und Jephyrgarn.

**Strümpfe und Socken**

in Wolle, echter Vigogne und Baumwolle, Hand- und  
mechanische Arbeit.

**Pulswärmer, Fäustlinge etc.**

**Gestreifte Arbeits- u. Bildhauer-  
hemden,** eigenes Fabrikat.

**Walk- und Strickjacken**

für Herren und Knaben.

**Geppiche und Läuferstoffe.**

**Tisch- und Wiegendecken.**

**Pferdedecken**

in sehr großer Auswahl.

**Damen- und Kinder-Kapotten.**

Die Garnlager enthalten

**Strickwollen**

in allen Farben und folgenden Qualitäten:

- |                               |        |   |               |        |
|-------------------------------|--------|---|---------------|--------|
| 1) 1/4 Zollpfund zugewog.     | 55 Pf. | — | 1/4 Pfd.-Dode | 45 Pf. |
| 2) 1/4 " " "                  | 60 " " | — | 1/4 " " "     | 50 " " |
| 3) 1/4 " " "                  | 65 " " | — | 1/4 " " "     | 45 " " |
| 4) 1/4 " " "                  | 75 " " | — | 1/4 " " "     | 60 " " |
| 5) 1/4 " " "                  | 80 " " | — | 1/4 " " "     | 50 " " |
| 6) 1/4 Jephyr- u. Castorwolle | 85 " " | — | 1/4 " " "     | 70 " " |

Extraprima 1/10 Zollpfund  
zugewogen 40 " 1 Zollpfund 3,50,  
3,75 und 4,00 Mark.

**Castor-, Moos- und Jephyrwolle,**  
Lage 20 und 25 Pf., 1 Zollpfund 3,50 und 4 Mark.

**Mohairgarn,**

extraprima, 2 Lagen 55 und 60 Pf., 1 Zollpfund 4,40  
und 4,80 Mark.



**Tricot-Tailen**

in hochelegantester Ausführung in jeder beliebigen  
Farbe und Qualität.  
Extra nach Maass angefertigte Tailen werden  
nicht theurer berechnet.



**Herren- und Damen-Gesundheitshemden**  
in Wolle, Vigogne und Baumwolle  
von 80 Pf. an bis zu 6 Mark.



**Unterbeinkleider für Herren u. Knaben**  
in allen Qualitäten in großer Auswahl.



**Gestrichte Herren-Westen**  
in Wolle und Vigogne in allen Größen  
von 3 Mark an.



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 25. November, 12 Uhr.  
Am Tische des Bundesrates v. Boetticher,  
Richard, v. Stephan, Bronsart v. Schellen-  
busch und Kommissarien.

Die erste Beratung des Etats für 1886/87 wird fortgesetzt.  
Abg. Gamp: Der Abg. Liebnicht hat gestern ganz zu recht die wirtschaftliche, koloniale und soziale Politik der Reichsregierung angegriffen. Allerdings hat sich der Reichstag in den letzten vier Jahren um 85 1/2 Millionen Mark gehoben, aber den wachsenden Bedürfnissen stehen auch erhebliche Abnahmen aus einzelnen Betrieben, wie der Post- und Telegraphenverwaltung in Höhe von 43 Millionen Mark, der Eisenbahnen von 10 Millionen Mark gegenüber. Die Schuldenlast soll flüssig gemacht haben, weil sich die Arbeitslosigkeit nicht mehr vermindert habe, während hauptsächlich in einzelnen bestimmten Betrieben seit 1879 die Zahl der Arbeiter von 128 000 auf 180 000 gestiegen ist. Von unserer Kolonialpolitik darf man doch nicht schon nach wenigen Jahren eine Erweiterung unseres Absatzgebietes verlangen. Ich halte Herr Liebnicht, bevor er über die Sozialpolitik der Reichsregierung so wegschreitend urtheilt, sich daran erinnern, dass die französische Kammer ein seinen Auffassungen sehr ähnliches liegendes Deputirtes die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands als musterhaft bezeichnet hat. Auf diesem Gebiete können die guten Erfolge nach Jahren sichtbar werden. Möchte doch Herr Liebnicht, der sich selbst als nicht unfehlbar bezeichnete, seines Ausspruchs eingedenk sein, wenn er zu seinen Behauptungen spricht! Er behauptet, daß der Arbeiter in Folge der Verarmung der Nahrungsmittel das Nothwendige kaum noch verdienen könne, während in Bayern und Württemberg auf Kopf der Bevölkerung ein Konsum von 50 R. an Wein, Branntwein und Getreide, in ganz Deutschland nur 10 R. an Branntwein 50 R. tragen doch sehr viele Arbeiter bei. Auch Herr Liebnicht sprach gestern von einem Flusse unserer Post- und Telegraphenpolitik; wolle er uns doch endlich mit seinem System etwas machen! Die Beschränkung auf die direkte Besteuerung ist nicht von selbst, denn sie würde für den Einzelnen den beträchtlichen Betrag der jetzt in Preußen zur Erhebung kommenden Einkommensteuer betragen. Die Klage über den allzu hohen Aufwand für Neubauten halte ich gleichfalls für deplacirt; das energische Vorgehen der Reichsregierung bei den niedrigen Löhnen ist vielmehr ganz korrekt, außerdem haben wir bei jedem Neubau doch den jährlich bisher erforderlichen Mietzins zu zahlen, und jeder Neubau stellt sich als Reliquat dar. Mit den Resultaten der Reichseisenbahn- und Post- und Telegraphenverwaltung können wir recht zufrieden sein. Von den Mehrforderungen für die letztere von 8 400 000 R. ist allerdings Abstrich möglich; in ungunstigen Finanzlagen muß sich auch die Postverwaltung Sparsamkeit auferlegen. Mit den geplanten Gehaltsaufbesserungen und der Vergrößerung von etatsmäßigen Stellen sind wir durchaus einverstanden, auch mit allen Erweiterungen, welche sich als Verbesserungsausgaben darstellen. Nicht jede Steigerung in den Ausgaben ist z. B. durch Verlehrssteigerung bedingt. Jedenfalls würden sich die Ueberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung, wenn an die Eisenbahnen normale Zuschüsse für die Beförderung der Post bezahlt würden, vermindern, das fast nichts übrig bleibt. Wir müssen auf Kürzung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen bedacht sein, z. B. durch Erhöhung der Gebühren für Beförderung und durch Steigerung des Einheitsportos für Postkassen von drei auf fünf Pfennig. Der Militär- und Marineetat wird in der Budgetkommission zu eingehender Beratung gelangen, hier will ich nur zwei Wünsche aussprechen. Schon im vorigen Jahre hat der Herr Chef der Postverwaltung eine Anordnung erlassen, den Ankauf von Getreide und Hafer bei inländischen Produzenten zu bewirken, mitgetheilt ist, daß diese Verordnung nicht überall befolgt wird, so möchte ich an dieser Stelle auf eine striktere Ausführung hinzuwirken. Eigentlich müßte der Ankauf des Getreides für Militärzwecke überall da ganz verboten sein, wo inländisches in hinreichender Menge vorhanden ist. Hafer und deutscher Roggen oder Hafer haben ja doch, so wie die von gleicher Qualität sind, gleiche Preise. Die zweite Bitte betrifft die weitere Beschränkung der Thätigkeit der Militär- und Marinearbeiter. Die uns im Vorjahre zugesagte Prüfung der Frage, hoffe ich, wird zu günstigen Resultaten der Vorbereitung für unseren Handwerkerstand führen. Weitere Wünsche für unsere heimische Produktion auch geleistet werden, wenn von der Militärverwaltung die Verwendung nur einheimischer Wollen zur Fabrication von Militärtüchern als Bedingung vorgeschrieben würde. Die Wollpreise sind so erheblich gesunken, daß die Verwendung ausländischer Wolle eine schwere Konkurrenz gegen die heimische Produktion bedeutet, zumal eine erhebliche Vertheuerung der Verwaltung würde. Eine erhebliche Vertheuerung der Verwaltung würde demnach durch nicht eintreten. Die Klagen über die unumgängliche Steigerung der Bedürfnisse für das Heer sind durchweg ungerechtfertigt. Im Jahre 1865 belief sich die Heeresstärke bei einer Gesamtbevölkerung von 27 Millionen auf 121 Millionen Mark, Deutschland hat heute 27 Millionen Einwohner, der Militäretat beläuft sich auf 121 Millionen Mark; eine zahlenmäßige ganz normale Steigerung, die sich in einem erheblichen materiellen Rückgang vermindert, sobald man die gestiegenen Bedürfnisse und den entsprechenden Reduktion des Geldwertes gegen 1865 berücksichtigt. Ein Umstand, der der den Militäretat unnötig erhöht, liegt darin, daß der Etat den Verwaltungen erst fünf Jahre, Ende April oder Mitte Mai, bekannt wird, wenn diese Bauverträge bereits abgeschlossen sind. Auf diese Weise erhöhen sich die Baukosten nicht unerheblich, ein Uebel, dem dadurch zu begegnen wäre, daß solche Bauverträge ein Jahr früher zur Bewilligung gelangen. Unsere Resolutionskommission, betreffend die Gewährung von Krediten an den Handwerkerstand durch die Reichsbank, werden wir demnächst der Budgetkommission unterbreiten. Es bleiben noch einige Punkte zu besprechen, wofür die Gesetzgebung die richtigen Wege zu ermitteln haben wird, deshalb werden wir auch die Beschlüsse der Regierung einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. (Beifall rechts.)  
Staatssekretär v. Stephan: Ich habe gestern abends Herrn v. Quene nicht geantwortet, weil es mir, so zu sagen, dem ästhetischen Moment der allgemeinen Etatsberatung zu entsprechen scheint, wenn vom Standpunkte einer Resolution, noch dazu bloß technischen, nichtpolitischen Verwaltung bei der Generaldebatte das Wort ergriffen wird, es mit dem großen Etat, in dem er sich befindet, werden sollte, nicht im Einklang ercheint. Aber die direkten Interpellation des Abg. Gamp ist es

eine ernste Pflicht, seinen Ausführungen entgegenzutreten, bevor die falschen Vorstellungen, die sie zu erzeugen geeignet sind, in das Land dringen. Er sagt: die Post bringt zu wenig ein, das Porto muß erhöht, die Ausgaben, soweit sie Meliorationen betreffen — der Beamten hat er die Güte gehabt sich anzunehmen — müssen vermindert werden. Auf welche Zahlen sind denn diese Angaben begründet? Der neue Postetat liefert einen Ueberschuß von 27 000 000 R., also 1 200 000 R. mehr als der Etat des vorigen Jahres. Ich frage, ob demgegenüber zu einer solchen Kritik Anlaß ist? Wie sich die 8 Millionen Ausgaben auf die einzelnen Titel vertheilen, das ist nicht hier, sondern in der Budgetkommission zu erörtern, und dann wird sich der Abg. Gamp überzeugen, daß darunter keine Ausgaben für unfruchtbar Meliorationen, sondern daß sie notwendige sind, wie die für Bauten, die er selbst als solche die Güte hatte anzuerkennen, oder sehr nützliche, wie die Vermehrung der Beamtengehälter oder solche, die lediglich produktiv auch in finanzieller Hinsicht wirken. Unter Tit. 42, sollen nach seiner Meinung 2 738 000 R. für neue Telegraphenleitungen enthalten sein, gegen das Vorjahr ein Mehr von 1 684 000 R.; er übersteht dabei nur eine Uebertragung von Tit. 50. Man muß diese Verhältnisse eben genau kennen, um so sicher darüber zu urtheilen, wie es der geehrte Herr gethan. Er gebietet auch erst zu kurze Zeit dem Hause an und kann es daher auch nicht wissen, daß verschiedene von ihm angeregte Fragen hier sehr ausführlich erörtert werden. Wir haben in den letzten 15 Jahren drei ganz besondere Postkommissionen gehabt, welche alle diese Fragen erschöpfend und bis auf den Grund erörtert haben. Dabei hat sich gezeigt, daß namentlich auch die finanzielle Stellung der Verwaltung, ich will nicht sagen, eine in jeder Beziehung ausgezeichnete — das würde mir nicht anstehen — aber eine durchaus geordnete ist. Der Herr Abgeordnete vergißt, daß die Postverwaltung 1870 mit einem Defizit von 804 000 R., die Telegraphenverwaltung 1875 mit einem Defizit von 3 1/2 Millionen Mark jährlich übernommen wurde, daß diese Defizite nicht nur beseitigt sind, sondern bei großen Meliorationen noch ein Ueberschuß von 8 Millionen im Jahre 1876, von 23—24 Millionen in den letzten Jahren erzielt worden ist, daß dieser Ueberschuß sich also in kaum 10 Jahren verdreifacht hat, eine ganz enorme Steigerung gegenüber den Bestimmungen im Postdienst. Ein Ertrag von 13—14 pCt. der Bruttoeinnahme muß als ein außerordentlich günstiges Resultat gelten, wenn man unseren Postetat mit dem anderer Länder vergleicht, in denen die Bedingungen ziemlich ähnlich sind; in den Niederlanden, wo ein vorzügliches Postwesen geführt wird, beträgt der Prozentsatz 8,12; in der Schweiz, wo es anerkannt ganz vorzüglich geleitet wird, beträgt der reine Ueberschuß nur 7,81 pCt., in Dänemark 3,97, in Frankreich, das bedeutend höhere Lagen hat als wir, schwankt er zwischen 12 und 17. Wo ist also im deutschen Postwesen eine Schädigung finanzieller Interessen nachzuweisen?

Dazu sind seit 1872 durch einzelne Gesetze verschiedene Lasten auf den Postetat gehäuft, z. B. 8 Millionen Mark jährlich aus dem Wohnungsgeldzuschuß, die Beamtergehälter sind um 6 Millionen jährlich erhöht, der gesammte Pensionsetat, der früher aus einem gemeinsamen Gesamtfonds bestritten wurde, ist auf die Betriebsverwaltung gelegt und die Post hat dadurch eine Last von 4 Millionen Mark jährlich zu tragen, die früher nicht auf dem Etat standen, zusammen 18 Millionen, dazu ein Ueberschuß von 24 Millionen, in Summa 42 Millionen. Dazu die große Last, eine wahre Servitut für die Postverwaltung, die postoffizielle Beförderung sämtlicher im Reichsdienst eingehender Postfachen im Betrage von 8 Millionen. — So kommen wir zu einem Ueberschuß von 50 Millionen. Gleichzeitig ist der Postetat durch die Einnahmehausfall von 3 Millionen durch die Abschaffung der Landbriefbestellgelder verursacht und noch mancher andere Ausfall. Erhebliche Ermäßigungen an Porto sind durch den Weltpostverein eingetreten; durch die Einführung der Postkarten, die Herstellung der Bücherpost, die Abschaffung des Monopols für Personenpost verbunden mit großen Ausgaben. Die Zahl der Postanstalten ist von 5755 im Jahre 1872 in zwölf Jahren auf 13 403 gestiegen, die der Telegraphen-Anstalten von 1691 auf 7521, die der Landbriefträger von 10 000 auf 20 000 — es sind also sehr erhebliche Ausgaben gemacht, die den Finanzen in jeder Beziehung zu gute gekommen sind. Es sind das Meliorationen im wahrsten Sinne des Wortes gewesen, die produktiv gewirkt haben, und Gott wolle es verhindern, daß wir von der Verlehrssteigerung abweichen, nützliche Meliorationen aus den Mitteln zu treffen, die die Einnahmen gewähren. Vergessen Sie nicht, daß auch der Verlehrs ein Element der Macht des Vaterlandes ist, ebenso gut wie Intelligenz und Bildung, wie die Wehrfähigkeit, die im Schul- und Militäretat ihren Ausdruck finden. Traurig wäre es, wenn wir zu einer anderen Politik übergehen wollten und das nicht weiter erstärke, was jetzt gedeiht, blüht und wächst. Es ist mir auch nicht bekannt, daß die Reichsregierung beantragt haben sollte, das Druckporto von 3 auf 5 Pf. zu erhöhen. Ich weiß nicht, ob es zu diesem Antrage kommen wird; wenn Sie deshalb Anträge zu stellen haben, so können Sie die Initiative ergreifen, wenn Sie das vor dem Lande verantworten wollen! Der Herr Abgeordnete Gamp ist auf das Anlagekapital zurückgekommen, ein Thema, das hier unzählige Male besprochen worden ist. Die Post hat kein Anlagekapital, im Gegensatz zur Verwaltung der Eisenbahnen, die Post hat das übrige, wenn man es so nennen will, also ihren Bestand an Gebäuden, Wagen, Inventarien, Telegraphenleitungen — die letzteren beläufig ein Werth von ca. 91 Millionen Mark — sich selbst erworben; es ist aus den laufenden Einnahmen bezahlt worden, es sind dazu keine Anleihen gemacht, es ist erworbenes Kapital, erworbenes Vermögen; Sie können also hier nicht von Kapitalanlage reden, es kann von Verzinsung keine Rede sein. Es kann allenfalls die Anleihe in Betracht kommen, die Herr v. Quene gestern auf 60 Millionen schätzte, wobei ihm in der Beschränkung ein Plus von 8 Millionen mit unterließ (Heiterkeit), in Wirklichkeit sind es 52 483 370. Es ist das nicht für die Post, sondern wesentlich für die Telegraphie, für die unterirdischen Leitungen ausgegeben, und die Zinsen kommen reichlich durch die Dienste dieser Leitungen und die erheblichen Ersparnisse an Reparaturkosten zurück; für die oberirdischen verzinst es sich selbst. Reden Sie von Zinsen, so frage ich: wo bleiben die Ueberschüsse, die die Post in den letzten zehn Jahren in Höhe von 180 Millionen R. an das Reich abgeliefert hat? Die müssen Sie dagegengerufen, und jedenfalls kann von Verzinsung des Anlagekapitals durchaus keine Rede sein. Wenn Herr von Quene gestern sagte, daß die Eisenbahnen 38 Prozent Ueberschüsse liefern und die Post nur 13 pCt., so ist ihm das wieder der kleine Irrthum untergelaufen, nur die fortwährenden Einnahmen und Ausgaben zu rechnen, ohne die Extraordinarien. Mit Einrechnung der letzteren ermäßigen sich die Ueberschüsse der Eisenbahnen von 38 auf 29 pCt., wobei noch das rollende Material viel-

fach, wenigstens in Preußen, durch Anleihen bestritten wird. Das sind wahre Anlagekapitalien. Rechnen Sie einmal das Anlagekapital dazu, das im Frankfurter Lebensversicherungsgesellschaft, von 338 Mill. Mark für den Erwerb der Reichseisenbahnen und dazu diese Zahl, dann werden Sie sehen, wie gut Ihre Eisenbahnüberschüsse stehen. Also die Finanzen der Post stehen in keiner Weise schlecht, gerade das Gegenteil ist der Fall. Selten hat sich eine Verwaltung, die unter so schwierigen Verhältnissen gearbeitet hat, wie sie die Vereinigung aller deutschen Postverwaltungen, Abschaffung des Lehnpostwesens, der Turn- und Laris'schen Post, die Verschmelzung mit der Telegraphie mit sich brachten, in einem so blühenden Finanzzustande befunden, bei großen Verlehrssteigerungen auf allen Gebieten, welche — ich kann es ohne Anmaßung zu sein sagen — die Bewunderung der Welt erregen. Denn wir haben ja beständig Kommissarien von fremden Ländern hier, die unsere Einrichtungen studiren und sie in jeder Beziehung anerkennen, auch im Punkte der Ertragnisse. Zu einer solchen Kritik gegen die Postverwaltung, wie die gehörte war, dazu liegt nicht der geringste Anlaß vor. Ich trachte nicht nach Anerkennung, aber ich habe doch auch die Pflicht, gegen eine Verleumdung der Postverwaltung entschieden Front zu machen. Ich schließe mit der Warnung: geben Sie nicht gegen den Verlehrs vor! Er ist ebenso gut eine Macht im Vaterlande, wie keine anderen großen Kräfte. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Junggreen (Däne, auf der Journalistentribüne schwer verständlich) erblickt die Ursache des Reichsdefizits in der Steigerung der Militärlasten, unter denen auch seine engere Heimath schwer leide. Insbesondere beklagt er die Nichterfüllung der Klausel des Prager Friedensvertrages und die Ausweitung vieler Nordschleswiger.

Abg. Bayer: Was unseren Etat besonders charakterisirt, sind die Mehrforderungen für die Militär- und Marineverwaltung, die in weiten Kreisen eine große Verächtung hervorgerufen haben. Wir im Hause sind ja in diesem Betrachts schon an alles gewöhnt. Herr v. Benda hat sogar Ersparnisse herausgerechnet. Es ist ein förmlich grausames Spiel, welches wir im Reich mit den Finanzen der Einzelstaaten treiben. Von Jahr zu Jahr haben wir Steuern aller Art bewilligt in der Hoffnung, daß die Einzelstaaten endlich einmal ihre notwendigen Bedürfnisse aus diesen neuen Reichsteuern befriedigen können. Diese Hoffnungen sind bitter getäuscht worden. Kaum haben wir neue Reichsteuern bewilligt, so werden neue Bedürfnisse entdeckt, die befriedigt werden müssen. Man vertritt die Einzelstaaten auf die Reform der Zucker- und Branntweinsteuer. Nachdem ich aber von Herrn Gamp gehört habe, daß die bisherigen Erfolge unserer Zuckersteuerpolitik günstige gewesen sind, bin ich wirklich ängstlich, welche Reform die Reichsregierung für die Spiritussteuer vorschlagen wird. Aber selbst wenn es gelänge, den Einzelstaaten Mehrerträge aus der Zucker- und Branntweinsteuer zu überweisen, so würde die in Aussicht genommene weitere Vermehrung der Militärlasten nach Ablauf des Septennats jede Hoffnung der Einzelstaaten zu Schanden machen. Die Entlastung der Einzelstaaten über diesen Etat ist sehr groß, noch größer ist sie im Volke selbst. Dem Volke ist es ganz gleich, wenn es die Steuern bezahlen muß, ob direkt den Einzelstaaten oder dem Reiche. Es hält sich an die Thatsache, daß die alten Steuern in erheblichem Maße nirgend abgeschafft, daß dagegen Jahr aus Jahr ein neue Steuern im Reich wie in den Einzelstaaten geschaffen werden. Immer wieder machen wir Anleihen und noch dazu für unproduktive Zwecke. Die Herr Gamp angeführt dieser Thatsachen von einem Wohlstand der Bevölkerung sprechen kann, ist mir unerträglich. Selbst wenn ich zugäbe, daß der Wein- und Biergenuss in Württemberg ein sehr großer ist, könnte ich einen allgemeinen Wohlstand nicht zugeben. Und dann soll der Mensch nicht bloß sein notwendiges Auskommen haben, sondern über alle Steuern und Lasten hinaus auch noch ein menschenwürdiges Dasein. Die wirtschaftliche Krise ist wohl eine natürliche unseres materiellen Niederganges. Aber das Volk sagt sich in richtigem Instinkt, es ist betäubend genug, daß trotz unserer wirtschaftlichen Uebelstände die Militärlasten von Jahr zu Jahr vermehrt werden. Daß das Volk im Allgemeinen eine Herabminderung der Militärlasten wünscht, könnte man statistisch aus den Wahlprogrammen aller Kreise beweisen. Nur schade, daß diese schöne Absicht nicht auch hier im Hause zum Ausdruck kommt. Auch wir wollen für die Sicherheit und Ruhe des Vaterlandes kein Opfer scheuen; aber ist es denn für die Sicherheit des Reiches notwendig, daß wir alle Jahre mehr dafür ausgeben, als in den vorhergegangenen Jahren? Dann wäre ja logischer Weise das Reich 1875 oder 1881 nicht sicher gewesen, denn damals haben wir nicht so hohe Ausgaben dafür verwendet als jetzt. Die Sicherheit des Reiches ist ein stolzer Zweck, aber er soll nicht der einzige sein, es muß auch anderen Staatszwecken Rechnung getragen werden. Es mag sein, daß Preußen ebensoviel Militärlasten zu tragen gehabt hat, wie das Reich, hat man es aber bei der Begründung des Deutschen Reiches gesagt, daß die Militärlasten ebenso hohe sein sollten, wie in Preußen? hat man uns nicht vielmehr ihre Verminderung versprochen? (Sehr gut! links.) Ich mache mir in Bezug auf Ersparnisse beim Militäretat ebensowenig Illusionen wie bezüglich der Herabsetzung der Gerichtskosten, welche wir wiederholt aber vergeblich in Resolutionen verlangt haben; ich werde es mir deshalb auch diesmal versagen, mich an dem Weitrennen der Parteien in der Einbringung von Anträgen zu beteiligen. Wende ich mich nun zu dem Marine-Etat, so muß ich zunächst die Verquickung desselben mit der Kolonialpolitik beklagen. Die Bewegung im Volke zu Gunsten der Kolonialpolitik war im vergangenen Jahre, das läßt sich nicht leugnen, eine sehr große. Wir haben deshalb auch eine prinzipielle Stellung zu dieser Kolonialpolitik nicht genommen, denn wir betrachten uns nicht als Vormünder des Volkes, sondern glauben, dem Willen der Bevölkerung Rechnung tragen zu müssen. Diese Stimmung hat aber allmählich der Ueberzeugung Platz gemacht, daß doch nicht alles Gold war, was gegläntzt hat. Abgeschlossen ist ja diese Kolonialpolitik noch nicht, wenn ich auch mit Herrn von Benda nicht hoffe, daß wir Meliorationen herausbekommen werden. (Heiterkeit.) Die Sache mag im Gange bleiben, dann werden wir in kurzer Zeit sehen, wie viel wir unzulässig verausgabt haben, oder mit Zug und Recht. Eins aber möchte ich doch noch sagen: ich nehme es der Reichsregierung über die Maßen übel, daß sie im vorigen Jahre vor und nach den Wahlen die Bevölkerung über die Bedeutung von Angra Pequena, vielleicht selbst mangels besserer Information, im Dunkeln gelassen hat. Während der Wahlbewegung wurde Angra Pequena als das reine Goldland hingestellt, aus dem die Schiffe reich beladen mit Schätzen zu uns zurückkehren könnten. Man hätte glauben sollen, daß es sich um ein werthvolles Besitzthum handle, weil sich sonst die Reichsregierung deswegen nicht mit England in einen peinlichen



Konflikt eingelassen hätte. Heute hat man wegen Angra Be-  
quena nur noch ein Vöckeln. Warum hat die Regierung sich  
nicht besser informiert und uns nicht aufgeklärt? Vielleicht wäre  
dann die ganze Bewegung in ein anderes Fahrwasser gekommen,  
nicht gerade zum Schaden der Finanzen und des Ansehens des  
Reiches anderen Ländern gegenüber. (Sehr gut! links.) Es  
drängt sich mir aber gegenüber den Kolonien, oder eigentlich  
Schugländern, noch eine staatsrechtliche Frage auf. In welchem  
rechtlichen Verhältnis stehen wir zu der Bevölkerung dieser  
Schugländer? Daß sie unsern Brantwein konsumieren, ist klar;  
daß sie unter unsern Gericht gestellt werden, dafür steht eine  
Vorlage in Aussicht; daß sie unserer Staatsrechtspflege  
bereits unterstellt sind, haben wir in den Zeitungen gelesen.  
Welche Verpflichtungen nun haben wir ihnen gegenüber über-  
nommen? Man kann doch im letzten Fünftel des 19. Jahr-  
hunderts nicht nach Art früherer Jahrhunderte gegen eroberte  
oder neuentdeckte Länder verfahren. Wir müssen in ein ge-  
ordnetes Rechtsverhältnis zu ihnen treten. Weiter wünsche ich,  
daß die Ausgaben für die Kolonialpolitik auf ein besonderes  
Konto gesetzt werden. Es kann nicht die Aufgabe unserer  
Kriegsmarine sein, gewissermaßen als Kolonialarmee zu dienen,  
um so weniger, als unsere Marine auf dem System der all-  
gemeinen Wehrpflicht aufgebaut ist. Wäre es nicht besser, zu  
versuchen, die Zwecke, welche durch die Stationierung unserer  
Kriegsschiffe in der Nähe der Schugländer erreicht werden  
sollen, durch eine am Lande selbst befindliche Truppenmacht  
zu erreichen? Schließlich muß ich das Verhalten der Regierung  
in der Karolinen-Frage in doppelter Rücksicht, zunächst in  
diplomatischer, einer Kritik unterwerfen. Es hat zwar einiges  
Staunen erregt, daß, entgegen den sonstigen preussischen  
Traditionen, die Vermittlung des Papstes in dieser Frage  
angerufen worden ist, aber wir Alle haben diese That-  
sache sehr kaltblütig aufgenommen und hoffen, daß diese  
diplomatische Sache einen guten Ausgang nehmen  
wird. Der Diplomat hat seine Schuldigkeit gethan,  
und die Geschichte wird ihm ein gutes Zeugnis aus-  
stellen. Aber etwas Anderes ist es, ob die deutsche Nation als  
solche nicht alle Veranlassung hat, zu beklagen, was sich außer-  
dem in diesem Kapitel abgepielt hat. Wenige Jahre vorher  
haben wir hier den spanischen Handelsvertrag genehmigt und  
große Opfer gebracht, damit unsere Industrie in Spanien  
festen Fuß fassen. Wir haben uns alle Mühe gegeben, gute Be-  
ziehungen zu Spanien zu unterhalten, es haben Besuche hoch-  
stehender Persönlichkeiten hier und dort stattgefunden, um  
diese freundschaftlichen Beziehungen zu fördern, und die Nation  
als solche beklagt es, daß alle diese Beziehungen mit einem  
Schlage abgeschnitten sind (Zustimmung links), so daß für  
lange Zeit jede Hoffnung auf Wiederherstellung der alten  
kommerziellen Beziehungen ausgeschlossen ist. Deshalb glaube  
ich, daß, wenn spätere Zeiten die Geschichte mit den Karolinen-  
Inseln prüfen werden, sie wohl dem Diplomaten ein gutes  
Zeugnis geben, aber daß sie dem Staatsmann, der die Nation  
in diese Sache verwickelt hat, kein großes Kompliment machen  
werden. (Sehr gut! links.) Wir haben uns, nachdem sich die  
Sache so abgewickelt hat, auch vorgenommen, keineswegs in  
blindem Vertrauen dieser Kolonialpolitik zu folgen und ihr  
nur dann auszustimmen, wenn wir überzeugt sind, daß  
derartige Verwicklungen der deutschen Nation für  
die Zukunft erspart bleiben. Herr Gamp hat auf den  
Wolljoll angepielt, den wir ja wohl in diesem Winter  
debattieren müssen. Wird er aber angenommen, so setzen  
wir uns damit in Widerspruch gegen die Dampferubvention.  
Erfst ermöglichen wir es dem Ausland, hierher zu kommen und  
dann legen wir ihm an der Grenze einen Hohl vor. Herr  
Gamp verlangt eine Erhöhung des Portos für Druckmaschinen.  
Nach den Erfahrungen der Postverwaltung der übrigen Län-  
der beweise ich den finanziellen Effekt einer solchen Maßregel.  
Außerdem vertheuert man damit ein Lebensbedürfnis und die  
Möglichkeit des geistlichen Fortschritts. Ich schliesse, indem ich  
ein Wort des Abg. v. Nathahn modifizire: Wie werden uns  
um das Wohl des Vaterlandes dadurch verdient machen,  
daß wir in einseitigen Staatszwecken nicht zu weit vor-  
gehen, sondern da sparen, wo gespart werden kann. (Bei-  
fall links.)

Abg. Mühlstein (Elsass-Vorbringen): Ich will kurz  
sein und Ihnen keine revolutionäre Rede halten. Die Weih-  
nachtsfeste sind nicht fern und ich hätte meinen Wählern gern  
eine schönere Bescherung von Berlin mitgebracht, als Steuer-  
erhöhungen und Erhöhungen der Matrikularbeiträge. Wenn  
ich heute gegen die Erhöhungen des Staatsprokurses, so ge-  
schlecht das nicht, um die protestantischen Gesinnungen  
der Elssasser zu beschützen; denn ich weiß, daß eine solche  
Stimme kein Echo findet in diesem Hause. Ich protestire gegen  
die Erhöhungen, durchdrungen von dem Sparianleitungsgeiste des  
Reichstags, dem wir die Ablehnung der Diäten und die  
Beschränkung der Freifahrten auf den Eisenbahnen verdanken.  
(Sehr richtig!) Auch ich finde wie der Abg. Viehnecht, daß  
gegenüber den Ausgaben im Reichstage endlich ein Halt! aus-  
zurufen ist. Mehrere von uns haben in der vorigen Session  
für die Erhöhung der Getreidezölle gestimmt. Von den Frei-  
sinnigen und der Volkspartei ist uns da aus ein Vorwurf ge-  
macht worden. Wir haben das gethan in der Hoffnung, daß  
die in Folge der Zollerrhöhung der Staatskasse zuziehenden  
Summen indirekt eine Entlastung der Landwirthe herbeiführen  
würden. Die Landwirtschaft hat keinen Vortheil gehabt, der  
Marine- und Militäretat hat alles verschlungen. In all-  
gemein politische Betrachtungen will ich mich nicht verlieren.  
Das wäre thöricht von mir, da ich beinahe der jüngste Abge-  
ordnete dieses Hauses bin, doch muß ich eingestehen, daß ich  
die feste Zunahme des Militäretats ungerechtfertigt finde.  
Man behauptet zwar von offizieller Seite, daß diese Er-  
höhungen der Sicherheit des Reiches dienen. Aber woher  
sollen uns Gefahren kommen? So fragt sich vor Allem  
bei uns das Volk, das sich sehr wenig mit Politik befaßt,  
weniger als man hier glaubt, wenn es alle Jahr  
über zwei, drei Kaiserzusammenkünfte liest. So large es so  
sieht, ist doch gewiß für den Frieden Europas keine Gefahr zu  
befürchten. Oder gelten die großen Rüstungen Frankreich? Da  
finde ich sie erst recht nicht gerechtfertigt. Trotz der Fortschritte,  
welche die französische Armee seit 1870 gemacht hat, ist sie der  
deutschen noch lange nicht gemessen. Das darf ich als eh-  
emaliger Sachmann wohl äußern. Aber auch abgesehen davon,  
sind bei der jetzigen Stimmung des französischen Volkes, bei  
seiner Ablehnung von waghalsigen Unternehmungen, bei der  
jetzigen Zusammenlegung der französischen Kammer die Aus-  
sichten der Franzosen der höheren Sphäre, die sich mit Revanche-  
gedanken befassen, gleich Null. Ich bin sogar der Ansicht, daß  
das Signal zu einer Verminderung der stehenden Armee von  
Frankreich ausgehen wird. Ueber die Kolonialpolitik sind die  
Ansichten meiner Partei getheilt. Dem Abg. v. Benda, der  
gestern die kolonialen Unternehmungen mit landwirthschaft-  
lichen Besuchen verglich, möchte ich nur bemerken, daß letztere  
keine Risiken für einzelne Unternehmer mit sich bringen, wäh-  
rend erstere auf Kosten eines großen Volks gemacht werden.  
In einer so friedlichen, arbeitsamen Bevölkerung, wie der els-  
sässischen, ist das Gefühl des Proletes gegen be-  
stehende Thatfachen nicht so eingewurzelt, daß dasselbe nicht durch  
Wohlthaten geschwächt werden könnte. Aber wenn sie dieser  
Bevölkerung jeden Tag das Recht geben, zu sagen, wir haben  
es f. ü. b. besser gehabt, so ist es kein Wunder, wenn sich auch  
der Gleichgültigste mit reichsfeindlicher Politik befaßt. Es sind  
jetzt beinahe hundert Jahre, als zum ersten Male in unserer  
öffentlichen Gebäude die drei schönen Worte zu lesen waren,  
die jeder Staat, auch die Monarchie, sich zur Devise nehmen  
könnte: *liberté, égalité, fraternité*. Diese Worte sind jetzt  
verwünscht und mit Rücksicht auf den immer noch bestehenden  
Diktaturparagrafen können wir von denselben nur als von  
einem schönen Traume sprechen.

Die Debatte wird geschlossen. Dem Antrage v. Benda  
und Gen. gemäß gehen einzelne Theile des Etats in die Budget-  
kommission, die übrigen Theile werden demnächst im Plenum  
berathen werden.

Zum Mitglied der Reichsschuldenkommission  
wird an Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Bunsen  
auf Vorschlag des Abg. Windthorst durch Affirmation der  
Abg. Her mes gewählt.

Es folgt die erste Berathung der Novelle zum Vieh-  
seuchengesetz.

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt Geh. Rath Köhler:  
Die Vorlage soll zur wirksamen Bekämpfung der Lungenseuche  
dienen, einer Krankheit, welche trotz des Viehseuchengesetzes  
von 1880 nicht nur innerhalb des Reichsgebietes seltener  
geworden ist, sondern in einzelnen Landesheilen sogar weitere  
Verbreitung gefunden hat. Man hat in Erwägung gezogen,  
ob man nicht eine Zählung oder Absperrung alles der Lungen-  
seuche verdächtigen Viehviehs vorschlagen sollte; beide Maß-  
regeln aber würden die Landwirthschaft zu hart treffen, zumal  
die Absperrung, welche sechs Monate dauern müßte. Der  
Entwurf schlägt deshalb zwei Maßregeln vor: erstens die  
Zeichnung des verdächtigen Viehviehs mit einem deutlichen  
Kennzeichen, welches für das ganze Reichsgebiet gemeinsam  
sein wird. Dann wird das gekennzeichnete Vieh ferner nicht  
durch den Handel als unverdächtig in ferne Gegenden ver-  
trieben, sondern von den Besitzern zum Schlachten verkauft  
und somit ohne Gefahr für gesunde Bestände beseitigt werden.  
Die zweite Maßregel, die der Entwurf vorschlägt, ist die Ermäch-  
tigung für die Landesregierungen, die gegen Entschädigung  
vornehmende Impfung sämtlicher Rinder in den ver-  
seuchten Ortlichkeiten anzuordnen. Die Kommission, an die der  
Entwurf voraussichtlich gelangen wird, möge beide Vorschläge  
wohlwollend in Erwägung ziehen.

Abg. Schreiner äußert speziell gegen die Impfung er-  
hebliche Bedenken; man habe damit bisher keine günstigen  
Erfahrungen gemacht, und namentlich die süddeutschen Regie-  
rungen würden von der Ermächtigung des Entwurfs keinen  
Gebrauch machen.

Die Abg. Staudy und Graf Behr stehen im All-  
gemeinen dem Entwurf sympathisch gegenüber, obwohl sie sich  
nicht verhehlen, daß derselbe vielfache Bemängelungen finden werde.  
Sie sind für Kommissionsberathung der Vorlage.

Abg. Witt hält die Vorlage namentlich insofern für sehr  
einschneidend und bedenklich, als den Besitzern des als ver-  
dächtig zu brandmarkenden Viehes, welches dadurch unverläß-  
lich werde, keine oder nicht ausreichende Entschädigung gegeben  
werden solle. Außerdem werde die Brandmarkung schon des-  
halb nicht den geoffenen Nutzen bringen, weil viel ausländisches  
nicht gebrandmarktes Vieh über die Grenze komme, welches die  
Anstreckung unter dem einheimischen Vieh verbreite.

Auch die Abg. Grohé und Dirichlet halten die vom  
Gesetz vorgeschlagenen Maßregeln für einschneidend und hart;  
ersterer beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission  
von 21 Mitgliedern.

Das Haus beschließt diesem letzten Vorschlage gemäß.  
Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.  
(Antrag Reichensperger wegen Wiedereinführung der Berufung;  
Antrag Lengmann, betr. die Entschädigung für die unschuldig  
erlittene Straf- und Untersuchungshaft, und Antrag v. Köller,  
betr. die Pensionsnovelle für Reichsstaatsbeamte.)

### Parlamentarisches.

Der Abg. Rintelen hat im Reichstage folgenden  
Antrag eingebracht: Hinter § 109 des Strafgesetzbuches für  
das Deutsche Reich wird folgender neue § 109 a eingefügt:

Ein Arbeitgeber oder Angestellter eines Arbeitgebers,  
welcher einen als Arbeitnehmer im Lohn desselben stehenden  
Deutschen wegen Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher  
Wahl- und Stimmrechte in bestimmter Richtung aus der Ar-  
beit entläßt oder im Arbeitsverdienst verläßt, oder mit solchen  
Maßregeln bedroht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Mo-  
naten und mit Verlust der Ehrenrechte bestraft.

Die Abg. Sabor und Genossen haben im Reichs-  
tag einen Antrag eingebracht, den Bundesrath zu ersuchen,  
einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach auch die Pension  
der im Privatdienste dauernd angestellten Personen (vergl.  
Hilfsprobenordnung § 749) nach deren Verlegung in einstel-  
lige oder dauernden Ruhestand nur soweit der Pensions-  
unterworfen sein soll, als der Gesamtbetrag die Summe von  
1500 M. für das Jahr übersteigt.

— Aus den Kommissionen. Am Dienstag er-  
folgte die Konstituierung der verschiedenen Kommissionen. Von  
der sozialdemokratischen Fraktion geht der Abg.  
Häselnauer in die Geschäftsordnungs-Kommission, die  
Abg. Kayser und Bierck in die Petitionskommission,  
der Abg. Viehnecht in die Wahlprüfungskommission und  
die Abg. Geiser und Frohme in die Kommission wegen  
Ausdehnung der Unfallversicherung. Die Konstituierung voll-  
zog sich ohne Anstand, mit Ausnahme der Petitionskommission.  
Hier erhob der Abg. Kayser Widerspruch gegen die all-  
mationweise Wahl des Abg. Hoffmann (fr.), weil dieser  
die am Schluß der vorigen Session über seine (Kayser's) Thä-  
tigkeit in der Richter'schen Presse verbreiteten Lügen nicht richtig  
gestellt habe, obgleich er als Vorsitzender d. b. theiligt war,  
sondern die Richtigstellung erst einige Wochen später durch den  
Schriftführer der damaligen Kommission Abg. Tröndlin  
erfolgt sei.

### Lokales.

Das königliche Polizei-Präsidium versendet folgende  
Notiz an die Zeitungen: „Der Redakteur Adolf Bergschmidt  
ist heute wegen wiederholter Expression von der Kriminal-  
polizei verhaftet worden. B. hatte, wie dies f. B. der „Unab-  
hängige“ gethan, in dem von ihm redigirten Blatte: „Neues  
Berliner Volksblatt“ in der Rubrik „Viehflecken“ An-  
griffe gegen verschiedene Versicherungs- und Bank-Institute in  
Aussicht gestellt, die betreffenden Nummern dann unter Kreuz-  
band an die betreffenden Institute gesandt und den angefan-  
digten Schmähdarstellungen, falls nicht inzwischen ein Schweigege-  
heiß, in der That veröffentlicht. Auf diese Weise hat B.  
nicht unbedeutende Summen erpreßt.“ Wunderbar bei dieser  
Notiz ist, daß dem Beamten, welcher die für die öffentlichen  
Blätter bestimmten Mittheilungen redigirt, nicht einmal die  
Namen der hierorts erscheinenden Zeitungen bekannt  
zu sein scheinen. Das von dem Verhafteten redigirte  
Organ heißt „Neues Berliner Montagsblatt“  
und nicht „Neues Berliner Volksblatt“. Ein Blick in den  
Adresskalender hätte übrigens genügt, um den Irrthum sofort  
richtig zu stellen. Auch die gestrigen Abendblätter, welche von  
der Verhaftung des x. Bergschmidt Notiz nehmen, hielten  
es nicht für nöthig, sich über den Namen des Blattes zu in-  
formiren.

Das Statut des „Sanitäts-Verein“ für Arbeiter  
beiderlei Geschlechts hat nun endlich die nöthige Genehmigung  
erhalten. Der Vorstand empfiehlt daher allen Arbeitern,  
besonders den Mitgliedern eingeschriebener Hilfskassen, den  
Eintritt in diesen Verein. Derselbe hat den Zweck, gegen Zah-  
lung eines geringen monatlichen Beitrages den bis jetzt obge-  
walteten Uebelständen, betreffs Zahlung hoher Doktorkosten, im  
Erankungsfalle dadurch abzuwehren, daß jedes Mitglied be-  
rechtigt wird, einen Arzt des Vereins nach freier Wahl in An-  
spruch zu nehmen. Den Mitgliedern eingeschriebener Hilfs-  
kassen, wird im Krankungsfall der Krankenschein ihrer Kasse  
vom Arzt kostenfrei ausgestellt. Das Eintrittsgeld beträgt  
1 Mark, für die Frau und Kinder, des Eintretenden ist kein  
Eintrittsgeld zu entrichten.

Der monatliche Beitrag beträgt  
1. für eine erwachsene Person 25 Pf.;  
2. für ein Kind unter 2 Jahren 20 Pf.;  
3. für ein Kind von 2 bis zum 15. Lebensjahre 10 Pf.  
Arbeiter Berlins! Wohl dürfte es jetzt an der Zeit sein, daß  
ein Jeder, dem das Wohl des Einzelnen wie der Gesamtheit  
dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, sich diese  
allgemeinen sanitären Einrichtungen, welche im Kreise der Ar-  
beiter nur segensreich wirken kann, anschließt. Beweist durch  
Euren Beitrag, daß Ihr einfaßig genug seid, das Gute zu  
erkennen, welches Euch hier geboten wird. Laßt diesen Ruf  
an Euch nicht ungehört verhallen, sondern sorge ein Jeder  
bei Zeiten dafür, daß er sammt seiner Familie im Krankungs-  
falle eine unentgeltliche Behandlung seitens des Arztes genießt.  
Ganz besonders aber richten wir die Bitte an die Vorstände  
der eingeschriebenen Hilfskassen, dieses humane Weil nach  
Kräften zu unterstützen und im Kreise ihrer Mitglieder für die  
Ausbreitung dieser guten Sache zu wirken. Ueber alle Ange-  
legenheiten des Vereins giebt der Vorsitzende Herr Otto Schulz  
Bergmannstraße 97, Hof II Treppen, gern Auskunft; persön-  
liche Rücksprache jedoch nur Sonntag von 11—1 Uhr. Der  
Kassirer Herr Karl Nag wohnt Draniensstraße 166 III. Son-  
stunde jeden Abend, mit Ausnahme des Sonntags, von  
7—8 Uhr. Die vorläufigen Rathstellen, in welchen jeden Son-  
abend Abends nach 8 Uhr Aufnahmen vorgenommen werden und Be-  
träge angenommen werden, sind in folgenden Lokalen: Ros-  
tatsstraße 11; Belle-Alliance-Platz 6 bei Hilscher; Brin-  
straße 93 bei Heilgans; Lindenstraße 68 bei Schulz;  
Bantstraße 25 bei Neumann; Scharenstraße 16 bei Ro-  
nowski; Kleine Hamburgerstraße 23 bei Dreßler; Woll-  
straße 184, bei Hering; Anton- und Ruhrlagstraße 24, bei  
Heißige; Badstraße 25, bei Haase; Lichtenbergerstraße 1, bei  
Heise, jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats.  
In Kitzdorf: Berlinerstraße, bei Dreier. Ferner in den Woh-  
nungen folgender Herren jeden Abend von 7—8 Uhr: Reimann,  
Hochstraße 324; Schneider, Blumenstraße 29; Richter, Fähr-  
walderstraße 11; Fickschuh, Naakenstraße 35; Seifert, Woll-  
straße 7; Dietrich, Fährwalderstraße 10; Dumb, Waldemar-  
straße 10; Kreuter, Waldemarstraße 46; Weimann, Schö-  
bergerstraße 10; Ritsche, Arndstraße 25; Weichmann, Kap-  
ringerstraße 10; Dweitsch, Eisenbahnstraße 20; Rosen-  
Wollnerstraße 69. Außerdem werden Beiträge angenommen  
und Aufnahmen vollzogen: Admiralsstr. 21, bei Haspel, Abends  
von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr; Grimsstr. 39, bei Lindemann, Abends  
von 8—9 Uhr; Brunnenstraße 42, bei Dittmann, Mittags von  
1—2 Uhr; Wionerstraße 34/35, bei Sasse, täglich von Morgens  
bis Abends 7 Uhr; Franzstr. 6, Bureau der Droschkentaxen,  
täglich von Morgens bis Abends 6; Weindergsweg 153, im  
Kigarngeschäft von Oswald, Vertreter Bremer, von Morgens  
bis Abends. Die Herren, welche noch Material zur Aufnahme  
gebrauchen, erhalten dasselbe bei Otto Schulz, Bergmann-  
straße 97.

Arbeiter-Weihnachtsfreuden. Aus unserer Leserkorrespondenz  
wird uns geschrieben: Herr F. war Klempner und hatte eine  
Familie von sechs Köpfen zu ernähren, aber, wie es in den  
meisten Fällen ist, seine Kinder waren alle noch schulpflichtig.  
Das kleine Volk freute sich schon tüchtig auf das nächste  
Weihnachtsfest und die damit verbundenen Geschenke. Da  
kommt Vater, es war 14 Tage vor dem Feste, nach Hause mit  
den Worten: „Keine Arbeit mehr!“ „Keine Arbeit mehr!“  
war der Ruf der Frau und der schon verständigeren Kinder,  
„das ist aber sehr traurig“. Der zuletzt erhaltene Lohn war  
knapp bis zum Weihnachtsfest und so droht es mit der Gefahr,  
der Kinder auf Weihnachtsbaum und Geschenke vorber zu sein.  
Aber der Vater weiß Rath. Er kauft für billiges Geld ein  
Tannenbäumchen; doch fehlt ihm nun immer noch der nöthige  
gehörige Behang. Da finden sich nun mehrere gute Freunde,  
der eine kauft einige Nüsse, der andere einen Liter Apfel, ein  
dritter Pfefferkuchen und ein mehr bemittelte die Lichte. Bald  
dies bringt der Vater heim und voller Freude führt das kleine  
Volk über alle diese Sachen her; unter Gejuch wird nun der  
Baum ausgeputzt. Abends werden die Lichte des Baumes  
angezündet und Alle sind lustig und guter Dinge. Wohlwollend  
aber wurde die Freude der Familie erst, als im letzten Augen-  
blick noch eine Sendung von Großmüttern eintrifft, welche in  
Geschenken für die Kleinen und daneben in etwas Geld für  
einem Ueberflusse besteht. Wo ist denn die Familie glücklich,  
als die manchen reichen Mannes mit vielen und großen Ge-  
schenken. So geht Weihnachten vorüber, es kommt der Januar,  
der Februar, und Herr F. hat trotz aller Bemühungen noch  
keine Arbeit gefunden. Der Wirth verlangt ernstlich, daß die  
Miethe. Alles Bewegliche wandert in die Pfandleihe, es herrscht  
Hunger und Wirth einigermassen zu befriedigen, bis jetzt  
alles verjey ist. Jetzt erhält Herr F. Arbeit, es war aber  
auch die böchste Zeit, denn Verwandte und Nachbarn  
sprachen schon von „will nicht arbeiten“ und „keine Lust zu  
arbeiten“. Jetzt fängt Herr F. an, seine Schulden abzutragen.  
Zuerst erhält der Wirth, der schon mit Ermittlung gedroht hat,  
sein Geld, dann werden nach und nach alle Sachen wieder  
eingelöst und sonstige Gläubiger, wie Kaufleute, Schuhmacher,  
u. s. w., bezahlt. So vergeht die Zeit, es wird wieder Arbeit  
nachden und die Geschichte beginnt wieder von Neuem.  
erging es nicht allein Herrn F., so geht es auch jetzt noch  
jährlich hunderten, ja tausenden von Arbeitern.

Was ist der römische Mucius Scaevola gegen den  
Bortmann, den freisinnigen Kandidaten im 8. Kommunalkreis  
bezirk Berlins! Von ihm erzählt die „Vossische Zeitung“  
fortschrittlichen Philistern einen Zug, der ihr „imponirt hat“  
und hoffentlich auch den Parteiposten Herrn Albert Töpfer  
einem Heldengedanken begeistern wird. Am Sonntag hatte  
nämlich Herr noch in mehreren Versammlungen zu sprechen, wo  
da ihn heftige Bahnschmerzen daran zu hindern drohten, so  
schloß er sich — man staune: — zu dem gewaltigsten Witz-  
schuß auszuheilen des Jahres. Und als der Bahnarzt ankam,  
der Zahn sei noch ganz gesund, blieb er doch bei seinem Vor-  
haben, opferte den Zahn dem Wohle der Stadt und nicht dem  
Herrn Bienenbach zur Stützwahl! Hoffentlich ist es nicht der  
Weisheitszahn des Herrn Bortmann gewesen; es wäre ja sonst  
trotz des fortschrittlichen Opfers um die Reichshauptstadt gefahren.  
Eine umfangreiche Petition beschlossen die  
th. Eine umfangreiche Petition beschlossen die  
dedergesellen am 24. d. M. in einer Alexanderstr. 31 Sitzung  
hatten Generalversammlung an das Polizeipräsidium zu richten  
und zwar um Abänderung resp. Verächtung der §§ 2, 3 und  
5 der Polizei-Verordnung vom 16. August 1882, die Hänge-  
rüstungen betreffend. In eingehendster Weise wird in dieser  
Petition die Verantwortlichkeit der auf Hängerüstungen be-  
schäftigten Gesellen und die Schulpflichtigkeit derselben gegenüber  
ihren Arbeitgebern hervorgehoben, indem die Gesellen mit Un-  
thun aus der Arbeit, wenn sie sich mit der Beschaffenheit der  
Hängerüstung nicht einverstanden erklären, auf der anderen  
Seite aber für aus diesen Mängeln der Rüstung hervorgerühende  
Vorkommnisse mit dem Strafgesetze bedroht werden. Deshalb  
petitioniren die Dachdecker-Gesellen dahin: daß die Arbeitge-  
begzungen werden, nicht gewöhnliche Handwerker, zu be-  
geprüfte Dachdecker-Gesellen auf den Hängerüstungen zu betrau-  
ten resp. diese mit der ausführenden Arbeit zu betrauen.  
Auch soll die Polizeibehörde die unter keinen Umständen  
die Erlaubnis zur Anbringung von Hängerüstungen zu er-  
theilen, wenn nicht der betr. Eigentümer des Hauses, worin  
dem die Hängerüstung angebracht werden soll, die Rüstung  
sorgt, daß die resp. Arbeiter durch die Fenster, mo die Rüstung  
hängt, zu und von der Arbeit gehen können, damit das ge-  
fährliche Auf- und Niederklettern an dem Fabrikat möglich  
Jeder Arbeitgeber, welcher Hängerüstungen zu seiner Arbeit be-  
wendet, soll zu diesen nur von der Behörde als befähigt er-  
Tauf, welche auch die schriftliche Bestätigung führen müssen,  
wenn die Prüfung vorgenommen worden ist, vornehmen dürfen.  
Dasselbe gilt auch von dem übrigen Material. Die Hängerüstung  
taue müssen aus schwachen Drahtseilen bestehen. Ferner soll

darum hin-  
weir nur i-  
wähliger B-  
nicht zuer-  
nehmbar n-  
gegenüber  
Stenbeschl-  
vorhaben a-  
nicht, in  
1. Januar  
stungen  
dingungen  
Ueber  
werden. I-  
es dem Qu-  
neuer betro-  
nung zu sch-  
nachfolgend  
aber angie-  
tere Kreise  
der Reist-  
stamm für  
eine neue  
erhält. I-  
früher ein-  
sichen. D-  
Erlaubnis  
sein beson-  
bei dieser i-  
tanz der  
nicht gering-  
schalt wi-  
immer bei-  
nicht auf  
den, ge-  
werden m-  
Hängigkeit  
stehen x  
sowich du-  
in die Wit-  
Personen  
nicht zu  
bestimmten  
Arbeiter, d-  
des Geldm-  
angehen. I-  
eine Rüb-  
stehenden  
wollt wer-  
den gleich-  
guts, das  
Mara  
Gricht.  
Rechts-D-  
widerum  
kommissar  
leuts.  
bisteter No-  
die ausge-  
sollen  
Waten die  
Bermöge  
noch eine  
Hessandro  
dann ersch-  
Freidrich.  
er. Sie  
ist die  
antwortete  
ber Dan-  
tam mit  
benedict  
nicht, bin-  
gleich n-  
So war d-  
ist, wo  
eine  
Hängung v-  
schalt.  
me mir  
nicht gef-  
habe ig-  
nach, ein-  
mige 30  
Hängungen.  
sien, ob  
hilian, so  
Koffer im  
szen, so  
nach ich  
dame; s-  
Reinier  
Reinisch  
lagien ich  
ebenfalls  
primar in  
ung in G-  
ich son ih  
schlichte,  
aus den F-  
hättische v-  
die Ausfü-  
angelegte  
Reinidom.  
dame bei  
erhalten.  
Bankier G-  
von ihr z-  
15. Septe-  
Wählung  
direkt au-  
Halter B-  
fingliche  
sel. — Fe-  
wählte be-  
zu beziele  
abgeborgt,  
mit mehr-  
stehen ma-  
gehende  
Hilich B-  
wäber ein-  
mann bei  
unter fall-  
So erdel-  
ein Verfa-  
Die Verge-  
eines La-  
sines.  
Rechnung



daruf hingewiesen, daß die zweite vordere Bütte der Brust nur hinderlich bei der Arbeit sei und die Klüftung unthätiger Weise beschwere, sowie, daß die sogenannten Brücken nicht zweckmäßig mit Eisen beschlagen sind, daß dasselbe jetzt nicht nur als Ballast oder auch als Blendwerk der Behörde gegenüber diene und daß es viel zuverlässiger sein würde, den Beschlag statt an den Seiten der Brückenbäume unten an den Seiten zu befestigen. Das Holzpräparat wird demzufolge nicht, in der genannten Weise Abhilfe zu schaffen und vom 1. Januar 1886 ab keine Erlaubnis zur Anbringung von Hängeklüftungen zu erteilen, welche nicht allen geforderten Vorbedingungen entsprechen.

Ueber das Trinkgeldwesen ist bereits viel geschrieben worden. Indem wir anerkennen, so schreibt die „Berm.“, daß es dem Publikum, speziell den einzelnen von der Trinkgeldsteuer betroffenen Personen, allein nicht möglich ist, hier Besserung zu schaffen, beabsichtigen wir nicht, diese Frage in den nachfolgenden Zeilen zum Auszug zu bringen. Es scheint uns aber angemessen, auf ein Uebel hinzuweisen, das immer weitere Kreise des gesellschaftlichen Lebens zu erfassen droht. Das der Kellner, der in den Restaurants der Großstadt serviert, einen stillschweigenden Anspruch auf eine Extravergeltung für seine Dienste erhebt, erscheint, wenn auch im Interesse des Gasthausbetriebs lästig, doch wenigstens erklärlich, und der Gast verfährt sich mit dem unvermeidlichen Zwangsgeschehnisse bei dem Gedanken, daß es an Jemanden verabsolgt wird, der für seine Arbeit von einer anderen Seite keine Entschädigung erhält. Anders ist es aber, wenn die Unsitte der Trinkgeldsteuer einreißt Personen gegenüber, die in festem Solde stehen. Da verbietet es die soziale Rücksicht nach verschiedenen Seiten hin, die psychische Dienstleistung noch durch ein besonderes Douceur anzuerkennen. Wir haben bei dieser Anspielung die Trinkgeld-Spenden an die Kondukteure der Pferdebahnen im Auge. Diese Angestellten haben einen geringeren Grad der Verantwortlichkeit und einen höheren Gehalt wie beispielsweise die Pferdebahn-Rutscher. Seit geraumer Zeit spekulieren die Kondukteure aber bei dem Biletverkauf auf ein besonderes Honorar in einer bemerkenswerten Weise, gegen die Namens des fahrenden Publikums protestiert werden muß. Die Kondukteure haben einer aufreidenden Tätigkeit obzuliegen, für die wir ihnen gewiß einen angemessenen Lohn wünschen, es ist aber widersinnig, diesen Lohn durch geschenkte Zuschläge zu dem üblichen Fahrpreis in die Weltlichkeit umzusetzen. Die Pferdebahngesellschaft muß die Personal so bezahlen, daß dasselbe im Stande ist, seine Pflicht zu erfüllen; in der Hauptsache sind denn auch die Bediensteten durchschnittlich besser gestellt, als Handwerker und Arbeiter, die noch dazu mit den Konjunkturen des Konsums, des Geldmarktes u. s. w. rechnen haben. Die Abfertigung des einzelnen Fahrgastes erfordert zudem in der That eine so genaue Überwachung, daß wir nicht verstehen, wofür dem betreffenden Beamten eigentlich noch eine Spezialleistung bewilligt werden soll. Durch dieses ungerechtfertigte Geschenkgeben zieht man ein Schmarotzertum im Verkehrsleben herauf, das sich in seinen Anfängen bereits fühlbar macht.

### Gerichts-Zeitung.

Marquise Rita de Candia wegen Betruges vor Gericht. (Zweiter Verhandlungstag.) Präsident, Landgerichts-Direktor Lüty eröffnet gegen 9 1/2 Uhr Vormittags die Sitzung. Es gelangt zunächst die Aussage des kommissarisch vernommenen Advokaten Luciani (Rom) zur Verhandlung. Dieser bekundet: Mein guter Freund Mario ist in hiesiger Noth gestorben. Seiner Tochter Rita waren 100 000 Lire ausgesetzt, dessen Auszahlung eigentlich ihrem Vater bleiben sollte. Rita drang jedoch so sehr in mich, daß ich ihr in Italien die vollen 100 000 Lire schließlich auszahlte. Weiteres Vermögen hatte Rita nicht zu erhoffen gehabt, sie bezog nur noch eine Rente von vierhundert 450 M. aus einem ihr von Alessandro Grifi, ihrem Onkel, zugewiesenen Erbteil. — Als Rita erschien als Zeuge der Besitzer des Hotel „Sanssouci“, Friedrich. Im September 1884 lebte die Angestellte bei mir. Sie erkundigt sich sofort bei meinem Zimmerkellner, wie die Rechnungen präsentirt werden. Der Kellner antwortete: Alle Mode. Das ganze Auftreten der Dame, die wenige Sachen bei sich führte, aber mir jedoch sehr verdächtig vor. Ganz besonders schöpfe ich Verdacht, da sie gleich sehr opulent gekleidet, dinst, Chery, Rotzwein u. s. w. trank. Ich ließ ihr deshalb noch an demselben Abende die Rechnung präsentiren. Sie war darüber sehr ungehalten. Als ich ihr aber bemerkte, daß sie nicht zahlen wolle, ausziehen müsse, machte sie eine Theilzahlung. Als ich den anderen Tag weitere Zahlung verlangte, sagte sie, sie erwarte Geld vom italienischen Konsulat. Ich bezog mich deshalb auf das Konsulat, dort habe mir jedoch bedeutet, daß die Dame von dem Konsulat gefannt sei und das Konsulat nicht davon denke, für irgend eine Zahlung zu leisten. Die Angestellte, die ein großes Vermögen zu besitzen, schuldet mir noch 30 Mark. — Portier Postell bestätigt die Deposition des Zeugen. Er habe der Angestellten auch kleine Beträge ohne dieselben zurückgehalten. — Oberkellner des Hotel „Dubur“: Die Angestellte habe im Union-Hotel im September 1884 gewohnt. Da sie nur einen Koffer hatte, in dem eine Nachtkleide und einige Bürsten waren, so erregte sie Verdacht. Ein Bankier bezahlte schließlich zwei Mal die Rechnung für die Dame; sie blieb jedoch noch 57 Mark schuldig. — Bankier Grün: Ich bin Sekretär eines Unterstützungsvereins für hier weilende Engländer. Auf Bitten der Angestellten schrieb ich an ihren in London lebenden Schwager, der ebenfalls Bankier ist und auf dessen Veranlassung leistete ich einmal im Union Hotel und einmal im Hotel Bernisow Zahlung in Gesamthöhe von etwa 140 Mark. Dies Geld habe ich von ihrem Schwager zurückerhalten. Ich erklärte jedoch schließlich, weitere Rechnungen nicht bezahlen zu wollen, da ich aus den Rechnungen ersah, daß die Angestellte für ihre Verhältnisse viel zu opulent lebte. — Hausdiener Bolensli bestätigt die Aussage des Zeugen Dubur und bekundet, daß ihm die Angestellte 2 Mark abgeborgt habe. — Besitzer des Hotel Bernisow, Krumbholz: Die Angestellte, die sich als vermögende Dame bei mir vorstellte und vorgab, aus England Geld zu erhalten, hat einige Zeit bei mir gewohnt. Einmal hat der Bankier Grün für sie bezahlt, ich habe jedoch noch 40 Mark von ihr zu fordern. — Frau Kranich: Die Angestellte kam am 15. September 1884 in meine, in der Bahnhofstraße belegene Wohnung und bat mich, ihr Wohnung zu geben. Sie kam direkt aus dem Bade und habe ihr Gepäck auf dem Bahnhofs-Bahnhof. — Der Präsident konstatiert, daß die Angestellte damals direkt aus dem Union-Hotel gekommen sei. — Frau Kranich bekundet im weiteren: Die Angestellte wohnte bei mir 2 Tage und verschwand alsdann plötzlich, ohne zu bezahlen. Meinem Dienstmädchen hatte sie 2 Mark 50 Pf. abgeborgt. Meinem Kaufmann Tropowitz: Die Angestellte hat bei mir mehrfach gekauft, auch prompt bezahlt. Ihr ganzes Auftreten machte auf mich den Eindruck, daß sie eine sehr vermögende Frau sei. Sie sagte mir, sie habe eine Revenue von jährlich 2000 Mark. Anlässlich dessen habe ich ihr Kredit gewährt und schließlich 2000 Mark verloren. — Bei dem Kaufmann Zeitel hat die Angestellte Waaren entnommen, ist ihm unter falschen Vorwänden schließlich 16 Mark schuldig geblieben. Es scheint alsdann als Beugin Fräulein Marquardt: Ich bin Verkäuferin in dem Wäschegechäft von Wegner hier selbst. Die Angestellte kaufte mehrfach Wäsche von uns und ließ sich eines Tages einen Posten Wäsche von 198 M. ins Hotel schicken. Sie bat, man sollte ihr am Vormittag die quittirte Rechnung und des Nachmittags die Wäsche schicken. Diese

Prozedur kam und schon verdächtig vor, so daß sich ein Herr aus unferem Geschäft mit der gefaßten Waare nebst der quittirten Rechnung zu der Frau Gräfin ins Hotel begab. Die Frau Gräfin erklärte nun dem Herrn, daß sie kein Geld habe; in Folge dessen nahm der Herr die Wäsche wieder mit und verlangte auch die Herausgabe der Waaren, noch unbezahlten Waaren. Die Angestellte erklärte jedoch, daß sie dieselben nicht mehr habe. Die Angestellte ist und etwa 36 M. schuldig geblieben. — Es werden hierauf mehrere kommissarisch vernommene Zeugenaussagen verlesen. Der Schwager der Angestellten, Bankier Penke (London) bekundet: Die Angestellte habe bisher von ihm 90 Pf. Sterl. per anno erhalten. Soweit er sich erinnere, hatte die Angestellte schon 1880 das von ihrem Vater geerbte Geld verbraucht. Daß sie weitere Gelder nicht zu erwarten hatte, hätte die Angestellte, wenn sie eine intelligente Person gewesen wäre, wissen müssen, wie es scheint, sei jedoch die Angeklagte etwas geisteschwach. — Die Besitzer der Hotels zum Pariser Hof, Wiener Hof, Hotel du Nord und Hotel Ernst in Köln, sowie deren Portiers und einige Kellner bekunden übereinstimmend: die de Candia habe bei ihnen einige Zeit gewohnt, habe vorgegeben, sie erwarte Geld von ihrem Londoner Bankier und habe unendlich viel, augenscheinlich ganz unnütze Waaren Einkäufe gemacht, so daß sie den Eindruck einer geisteschwachen Person machte. Die de Candia sei schließlich, ohne ihre Rechnung zu bezahlen, verschwand. Sie habe sich außerdem von den Portiers und einigen Kellnern kleinere Summen geliehen, ohne dieselben zurückzugeben. — Bei dem Juwelenhändler Geymann in München hat sie mehrfach Goldsachen zu hohen Beträgen gekauft und sogleich bezahlt. In Folge dessen erwarte sie sich das Vertrauen des Juwelenhändlers, der ihr für etwa 1000 M. Goldsachen und auch bares Geld von etwa 300 M. lieh. Die Juwelen hat sie sogleich veräußert und ist von München verschwunden. — In Aachen und Baderborn hat die Angestellte ganz ähnliche Hotelchwindelen wie in Köln und Berlin gemacht. In Aachen hat sie sich als Lehrerin ausgegeben, in Baderborn ihren Namen verdrückt, indem sie sich „de Jadiano“ nannte. — Auf Vorhalten des Präsidenten bemerkt die Angestellte, daß sie sich darauf nicht mehr zu erinnern wisse. Der Präsident bedeutet ihr: Es sei merkwürdig, daß ihr Gedächtniß für stets im Stich lasse, wenn sie weiter keine Entschuldigung habe, sonst habe sie ein sehr gutes Gedächtniß. Auf Vorhalten des Präsidenten giebt die Angestellte zu, daß sie zwei Mal in Berlin den Manifestationsseid geleistet habe. — Es wird hierauf auf die Vernehmung einer Anzahl Zeugen verzichtet und die Beweisnahme für geschlossen erklärt. Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichts-Assessor Dr. Hilde, bemerkt: Die gegenwärtige Angelegenheit hat lediglich deshalb ein so großes Interesse erregt in der weiteren Öffentlichkeit, weil die Angestellte von so vornehmer Familie stammt und weil sie, eine den gebildeten Ständen angehörende Person, sich auf einem Plage befindet, den gebildete Leute nur selten einzunehmen pflegen. Sonst charakterisiren sich die Handlungen der Angestellten als gewöhnliche Hochstapelen, die den Gerichtshof schon vielfach beschäftigt haben. Die Angeklagte ist insoweit aufrecht zu erhalten, als die Angeklagte in der That falsche Angaben gemacht hat. In den Fällen, wo sie bloß angab, sie erwarte Geld aus London und zu dieser Hoffnung zur Zeit auch berechtigt war, wird man die bona fides annehmen müssen. Der Staatsanwalt geht des Näheren auf die einzelnen Punkte der Anklage ein und bemerkt: Strafmildernd fällt ins Gewicht, daß die Handlungsweise der Angestellten nicht aus niedriger Gefinnung, sondern aus einem furchtbaren Leichtsinne entspringen ist. Erschwerend jedoch ist die Erwerbsmäßigkeit, mit der die Angeklagte gehandelt hat und ferner, daß sie vielfach ganz mittellose Leute betrogen hat. In Erwägung dessen beantrage ich eine Gesamtstrafe von 6 Jahren Gefängniß, von der ich, angeht die bereits zum Theil wider ihre Schuld erlittenen langen Untersuchungsfrist, 6 Monate in Abrechnung zu bringen bitte. — Verteidiger Rechtsanwält Bronner: Die Angeklagte sei keine eigentliche Hochstaplerin, sie habe die Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bemessen können, sondern dieselbe erst in der gegenwärtigen Gerichtsverhandlung erkannt. Sie habe von Jugend an ein luxuriöses Leben vor sich gesehen, habe in bodenlosem Leichtsinne in kaum einem Jahre 100 000 Lire. verbraucht. Sie habe diese kolossale Summe nicht einmal in der Weise verbraucht, daß sie sich eine Equipage, Gesellschafterin u. s. w. gehalten, sondern ähnlich wie ein Kind, das auf den Jahrmarkt geht und sich für das ganze Geld Kuchen kauft, so sei die Angeklagte von Stadt zu Stadt, von Hotel zu Hotel gezogen, habe gut gegessen und getrunken und in unvernünftiger Weise Waaren eingekauft, deren sie absolut nicht bedurfte. Daß sie diese ihre Lebensweise fortsetze, als ihr Vermögen schon längst aufgebraucht war, daß sie immer noch glaube, sie werde noch einmal von ihrem Vater Vermögen erhalten, sei nach Lage der Dinge sehr erklärlich. Man werde wohl deshalb die bona fides annehmen müssen. Sollte jedoch der hohe Gerichtshof anderer Meinung sein, so eruche er, angeht die der gefamten Sachlage die größte Milde walten zu lassen und die lange, nunmehr volle dreizehn Monate andauernde Untersuchungsfrist, die für einen solch lockeren Vogel, wie die Angeklagte, schon eine harte Strafe sei, als Strafe gelten zu lassen und dieselbe für verbißt zu erachten. — Die Angestellte bemerkt noch auf Befragen des Präsidenten: Sie gebe zu, daß sie sehr leichtsinnig gehandelt habe, allein sie hatte niemals die Absicht, irgend Jemanden zu betrügen. — Noch sehr langer Berathung verkündet der Präsident, Landgerichts-Direktor Lüty: Der Gerichtshof hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angestellte im Jahre 1880 ihr volles Erbtheil bereits erhalten hatte, er ist jedoch der Meinung, die Angestellte hat sich in dem Glauben befunden, sie werde noch Vermögen von ihrem Vater erhalten. Als sie jedoch von Rottau einen Brief erhielt, in welchem ihr dieser mittheilte, daß sie auf weiteres Vermögen nicht mehr zu hoffen habe, hat sie, nach Ansicht des Gerichtshofes, ihre Sachlage gefannt und letzteres auch durch ihr Verhalten bewiesen. So weit die Angestellte also in dem Glauben war, sie würde noch Vermögen von ihrem Vater erhalten, hat der Gerichtshof ein nov liquet ausgesprochen, im Uebrigen schließt sich der Gerichtshof vollständig den Ausführungen des Staatsanwalts an. Der Gerichtshof ist daher der Meinung, daß die Angestellte sich in 16 Fällen des vollendeten Betruges schuldig gemacht hat. Der Gerichtshof pflichtet den sehr geschickten Ausführungen des Herrn Verteidigers bei, daß die Angestellte eine höchst leichtsinnige Person, ein sehr lockere Vogel sei. Es konnte dies mitbedenkt in Betracht fallen. Allein, es ist doch zu beachten, daß die Angestellte mehrere Jahre auf Kosten Anderer lebte, ihren Leidenschaften fröhnte und zwar, indem sie zum Theil arge Vorpiegelungen machte. Der Gerichtshof hat die ganze Erziehung der Angestellten, andererseits aber auch ihr gewissermaßen gemeingefährliches Treiben in Betracht gezogen und in Erwägung alles dessen auf eine Gesamtstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängniß, wovon 6 Monate als verbißt zu erachten sind, erkannt. — Die Angestellte erklärte auf Befragen, sie werde es sich noch überlegen, ob sie ihre Strafe gleich antreten werde.

Die äußerst wichtige Frage, ob das in dem neuen Lotteriegesez vom 29. Juli er. ausgesprochene Verbot der Publikation der Gewinnlisten auswärtiger Lotterien rechtswirksam ist oder nicht, beschäftigte gestern die 95. Abtheilung hiesigen Schöffengerichts. Die „Berliner Zeitung“ veröffentlichte auch nach dem Inkrafttreten des zitierten Gesezes die Listen der drausentwärtigen und sächsischen Lotterie, und ist deshalb deren Redakteur Dr. Peter Langmann durch Mandat in eine Strafe von 10 M. genommen worden. Hiergegen trug derselbe auf richterliche Entscheidung an. Der Anwalt beantragte Aufrechterhaltung der im Mandat ausgesprochenen Strafe, während der Verteidiger, ein Substitut des Rechts-

anwalts J. Sohn I., in längerer Rechtsausführung für die Rechtswirksamkeit des froglischen Verbots, sowie der bezüglichen Strafbestimmung plaidirte. Wir enthalten uns einer Wiederholung der gemachten Ausführungen, weil sie vom Gerichtshof pure adoptirt sind und in der Urteilsmotivirung ihre Stelle fanden. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung der Angeklagten, indem er die obige Frage verneinte. Iwar bedrohe das Landesgesez vom 29. Juli er. die Veröffentlichung der Gewinnlisten auswärtiger Lotterien mit Strafe, jedoch bestimme § 1 des Reichspressegesezes, daß der Presse keine anderen Beschränkungen auferlegt werden dürfen, als die in diesem Gesez selbst aufgeführten. Diese beziehen sich auf das Verbot der Veröffentlichung von Anklageschriften, der Sammlung von Beiträgen zur Bezahlung von Strafen und auf die von Berichten über Truppenaufstellungen während der Kriegszeit. Die Veröffentlichung von Lotterielisten fremder Lotterien gehört also zu diesen Beschränkungen nicht. Reichrecht geht aber nach der Reichsverfassung vor Landrecht. Es konnte sich daher nur noch darum fragen, ob eine Verurtheilung des Angeklagten aus § 20 Str.-G. wegen einer nach den allgemeinen Gesezen strafbaren Handlung geboten sei. Da aber in Veröffentlichung der Listen weder eine Theilnahme am verbotenen Spiel, noch eine Begünstigung desselben zu finden ist, mußte auch diese Frage verneint werden.

### Vereine und Versammlungen.

Die Arbeiterpartei hatte vorgestern Abend in 4 Lokalen, in der Neuen Bahnhalle, im Louisenstädtischen Konzerthaus, im Keller's Saal und in der Urania, Versammlungen veranstaltet, um das Resultat der Stadtverordnetenwahlen zu veröffentlichen. In der Urania war der Andrang ein so gewaltiger, daß wiederholt der weitere Zutritt polizeilich inhibirt werden mußte, trotzdem war die Ordnung der Kopf an Kopf gedrängten Massen eine musterhafte. Nachdem die als Sieger aus der Wahl hervorgegangenen Stadtverordneten Singer und Mitian Ansprachen gehalten hatten, nahm in der Diskussion auch der Reichstagsabgeordnete Liebknecht das Wort zu einer kurzen Ansprache: „Ich bin nicht hierhergekommen, um eine Rede zu halten, ich hoffe aber, daß Sie mir Gelegenheit geben werden, einmal in Ihrer Mitte sprechen zu können. Ich wollte einmal wieder, was mir lange nicht vergönnt gewesen, unter dem Berliner Volke sein. Mit Vergnügen habe ich gehört, welche bedeutenden Zuwachs der Stimmen Sie zu verzeichnen haben. Zwei weitere Schlachten sieben noch bevor. Zufrieden dürfen wir nicht sein mit dem Ertrugenen, wir müssen mehr haben. Sie werden daher alles daran setzen, auch in den Stichwahlen zu siegen. Dank Dir dafür, Voll von Berlin, daß Du auch heute die Führer unserer Partei hoch gehalten. Ich bin überzeugt, daß Sie von Sieg zu Sieg marschiren und daß Sie den Ruf bewahren werden, daß Berlin nicht nur die Hauptstadt des Deutschen Reiches, daß Berlin auch die Hauptstadt der deutschen Demokratie ist. Wir blicken auf Sie mit Bewunderung für das, was Sie gethan, und erwarten, daß Sie würdig der bisherigen Siege auch weitere Siege erringen werden.“ (Stürmischer Beifall.) Nachdem sodann noch auf Singers Antrag beschlossen war, dem bisherigen Vertreter des 14. Wahlbezirktes, dem ausgewiesenen Stadtverordneten, telegraphisch Kunde vom Wahlergebnisse zu geben, trennte man sich mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

Der Verein deutscher Stellmacher (Mitgliedschaft Berlin) hielt seine erste Versammlung am 23. d. M. in Schellers Lokal, Ansehnstr. 10, ab mit der Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung; 2. Wahl eines Ausschusses; 3. Verschiedenes. Es wurden gewählt zum 1. Bevollmächtigten Herr Graad, Marienburgerstr. 25; zum zweiten Herr Geseke; zum Kassirer Herr Hering, Kommandantenstr. 11; zum Schriftführer Herr Klein und zu Revisoren die Herren Böhm, Wenzel und Singert. Bei der Wahl des Ausschusses entstand eine lebhaft Debatte. Herr Singert hielt die Wahl noch für zu früh, da der Ausschuh nach § 17 des Statuts nur von der Generalversammlung gewählt werden könne. Herr Hering befürwortete, den Ausschuh gleich zu wählen. Nachdem sich noch mehrere Herren für und gegen ausgesprochen hatten, beschloß die Versammlung die Wahl sofort vorzunehmen. Es wurden darauf in den Ausschuh gewählt die Herren Domke, Glaubig, Wenzel, Böhm und Gehlhar. Bei „Verschiedenes“ stellte Herr Klein die Frage, wann, wie oft und wo die Versammlungen stattfinden sollen? Die Versammlung beschloß, alle 14 Tage eine Versammlung stattfinden zu lassen. Ein Antrag, den Tag der Versammlung auf den Sonnabend festzusetzen, wurde angenommen und der Vorstand beauftragt, für ein entsprechendes Lokal Sorge zu tragen. Herr Graad theilte dann mit, daß die nächste Versammlung im „Berliner Volksblatt“, als dem Organ, welches die Interessen der Arbeiter vertritt, bekannt gemacht wird. Ein Antrag des Herrn Bauer, das Versammlungslokal mit einer Herberge resp. Arbeitsnachweis zu verbinden, wurde als für jetzt noch nicht zweckentsprechend abgelehnt. Derselbe Herr befürwortete auch die Bekanntmachung der Versammlungen in mehreren hiesigen Zeitungen zu bringen. Nachdem sich mehrere Herren gegen diesen Vororschlag ausgesprochen, versprach der Vorsitzende, denselben in Erwägung zu ziehen. Herr Wenzel theilte noch mit, daß am Sonntag, den 29. November, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Stellmacher Berlins in Gräß Salon, Brunnenstr. 140, stattfinden wird.

Der Schicksale politischer Anstellung verließ die Mitglieder-Versammlung des Vereins der Arbeiterinnen, welche am Dienstag im Saale „Zum deutschen Kaiser“, Lothringersstraße 37, stattfand. Frau Cantius wollte einen Vortrag halten über das Thema: Was wir wollen und was wir müssen? Die Vortragende äußerte ungefähr folgendes: Wir wollen vereint darnach streben, daß unsere Kinder einst ein menschenwürdiges Dasein haben. Deutzwege haben wir und unsere Kinder bei aller Arbeit und bei allem Fleiß nur ein Leben in Noth und in Elend. Wir sind nicht im Stande, unsere Kinder so zu erziehen, wie es sich für Menschen ziemt. Unsere Töchter, die kaum herangewachsen, darauf angewiesen sind, sich mit ihrer Handarbeit das zum Leben Nöthige zu erwerben, erhalten so niedrige Löhne, daß sie bei allem Fleiß von früh bis spät durch Noth und Elend dem Laster und der Schande zugetrieben werden. Von unseren Männern werden viele genöthigt, von Ort zu Ort zu ziehen und wenn es ihnen nicht gelingt, Arbeit zu finden, Bettler und Vagabund zu werden und als solche dem Strafgesez zu verfallen. Es ist Zeit, daß auch wir Arbeiterinnen uns vereinen und für die gerechte Forderung eintreten, daß durch gesetzliche Einführung eines Maximalarbeitstages und eines Minimallohnes bessere Löhne herbeigeführt und der Ausbeutung unserer Arbeitskraft ein Ziel gesetzt werde. Gegenwärtig hat manches Lothvieh eine bessere Existenz, als viele von uns, die wir darauf angewiesen sind, von unserer Hände Arbeit zu leben. — Hier erhob sich der überwachende Polizeibeamte und erklärte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes für aufgelöst.

Demokratischer Verein zu Berlin. Donnerstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr. Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Die Angriffe auf das Ansehen der Volksvertretung. Referent Herr Ledebour. 2. Vereinsangelegenheiten.

Öffentliche Versammlung der Kaufleute Berlins in den vereinigten Sälen des Reich'schen Etablissements, Kommandantenstraße 71-72, am Freitag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: „Die Sozialreform und der Kaufmannsstand.“ Referent: Herr Albert Auerbach aus Hamburg. Die früheren Mitglieder der Arbeiterschuh-Kommission des Reichstages sind hierzu eingeladen. Freieste Diskussion ist zugesichert. Jeder selbständige Kaufmann und Handlungsgehilfe ist willkommen.



## Theater.

**Opernhaus.**  
Heute: Der Widerspäh, oder: Die Stimme der Natur.  
Schauspielhaus.  
Heute: Das Gefängnis.  
**Deutsches Theater.**  
Heute: Ein Tropfen Gift.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**  
Heute: Offenbach-Opéra. Orpheus in der Unterwelt.  
**Residenz-Theater.**  
Heute: Clara Soell. Vorher: Der Sterngucker.  
**Wallner-Theater.**  
Heute: Unter uns. Hierauf, zum 8. Male: Der Vielgeliebte.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute: Ayrly-Portig.  
**Wallhalla-Operetten-Theater.**  
Heute: Don Cesar.  
**Viktoria-Theater.**  
Heute: Messalina.  
**Central-Theater.**  
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.  
Heute: Zum 117. Male: Die wilde Rabe. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.  
**Louisenstädtisches Theater.**  
Direktion: Jos. Krmans.  
Heute: Undine.  
**Oden-Theater.**  
Heute: Die Pariser Bluthochzeit.  
**Königstädtisches Theater.**  
Heute: Gastspiel der Illupianer. Die kleine Baronin.  
**Theater der Reichshallen.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
**American-Theater.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
**Kaufmann's Varieté.**  
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Ronfordia.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

## Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.  
Heute und folgende Tage:

**Berlin,**  
wie es weint und lacht.

Vollständ. mit Gesang in 3 Akten und 10 Bildern von C. F. Berg und D. Kalisch. Regie: Herr H. Seefeld.  
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.  
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Bons haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

### Saehr's Casino.

Oranienstraße 24. Raunynstraße 65a.  
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Neu! Auftreten des berühmten Mignon-Länzerpaars Geschwister Footitt, des Transformationskünstlers Hrn. Fiffell, des urkomischen Dikmas, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Frä. Bören, Pazarini, Kräger, sowie Spezialitäten I. Ranges. Näheres die Tagesprogramme.  
Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.  
**Kaiser-Panorama.**  
Eine Wanderung durch Afrika. Savagen und eine bequeme Montblanz-Besteigung. Gertha-Reise. Karolinen-Balau-Inseln u. a. Reise 20 Bfg. Kinder nur 10 Bfg. Familienbillets. [2820]

### Pränscher's

## anatomisches Museum

im rothen Schloss  
von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.  
Freitag ganzer Tag Damentag.

Prinzenstraße 53.



**Winter-  
Paletots!!**  
Herren- und  
Knabenanzüge  
sowie Damen-  
kleider u. Mäntel  
im Tuchgeschäft  
Prinzenstr. 53,  
gegenüb. d. Turnhalle.  
Theilzahlungen  
gestattet!

Prinzenstraße 53.

Durch die Expedition, Zimmerstraße 44, ist zu beziehen: Der im Verlage von Wörlein u. Komp. soeben erschienene

## Deutsche Handwerker- und Arbeiter- Notiz-Kalender für das Jahr 1886

Der Kalender ist inhaltlich wiederum bedeutend vermehrt worden. Außer den bisher schon darin enthaltenen Tabellen, Tarifen und Gesetzen (als Krankenversicherungs-gesetz mit Nachtrag vom 28. Januar 1885, Hilfs-lasengesetz mit Novelle vom 1. Juni 1884 u.) sind neu beigelegt: Das Gesetz über die Freizügigkeit, Gesetz, betr. das Urheberrecht an Mustern und Modellen, Gesetz über Marken-schutz. Im Geschichts-kalender sind die in der neuesten Zeit eingetretenen Ereignisse nachgetragen. Der Kalender, mit Schreibpapier und Papier für Tagesnotizen ausgestattet, kostet wie bisher

50 Pfennig.

Auf vielfachen Wunsch ist eine stärkere Ausgabe mit mehr Schreibpapier und besserem Einband angefertigt, von der das Exemplar zu 70 Pfennig abgegeben wird.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

# Ausverkauf in Kleiderstoffen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Berliner Warb zu Hauskleidern Meter 30, 40-50 Pf.

Eine große Auswahl moderner Kleiderstoffe in vielen sehr hübschen dunklen Farbenstellungen, früher 75 Pf., jetzt Meter 40 und 50 Pf. — Eine große Auswahl Winter-Cheviots, wollener kräftiger Stoff für praktische Haus- und Straßenkleider, früher 90, jetzt Meter 50 Pf. — Ein großer Posten glatter, einfarbiger Tuch-Double-Foulés, decatierte kräftige Waare, früher 1,50, jetzt Meter 75 Pf. — Eine große Auswahl sehr hübscher Kleiderstoffe, doppelt breit, früher 2 Mark, jetzt Meter 90 Pf. und 1 Mark. — Eine große Auswahl Winterstoffe mit Bordüren, doppelt breit, Meter 1,30 bis 1,50 Mark. — Doppelt breit Tuch-Lama zu Morgenkleidern, Meter 1,20 Mark, 1,50 bis 2 Mark.  
**Schwarze Double-Cachemirs.** Meter 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2 Mark.

## Winter-Mäntel

in sehr großer Auswahl, in jeder Art, aus sehr haltbaren Stoffen, zu 12, 15, 18, 20, 25, 30 Mark.  
**Teppiche.**

Wir verkaufen große Zimmer-Teppiche für 5 Mark, große Holländer Sopha-Teppiche 6 M. 50, Germania-Sopha-Teppiche 7 M. 50 und 11 M. 50, Brüssel-Tapestrie-Teppiche 11 M. 50 Pf., Velour-, Plüsch-Teppiche 16 M. 50. Bettvorleger 1 M.

**Läuferstoffe,**  
Meter 40, 50, 60 Pf.

## Gardinen,

schöne neue Muster, Damast-Zwirn-Gardinen Meter 40, 50 u. 60 Pf., englische Zwirn-Gardinen, Nr. 1 M. 25 u. 1 M. 50. Eine große Auswahl abgepackter Gardinen zu bekannt billigen Preisen.

**Sielmann & Rosenberg,** Kommandanten- und Lindenstr.-Ecke.

Reichhaltiger Abendtisch.  
Zu jeder Tageszeit:  
Königsberger Fleck,  
à Portion 25 Pf.

Einem geehrten Publikum empfehle mein

## Weiß & Bairisch-Bier-Lokal.

Reichhaltiger kalter und warmer Frühstückstisch, Mittagstisch v. 12-2 Uhr mit Bier à la carte 50 Pf. [2820]

Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.

Achtungsvoll Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstraße 18.

## Schön- und Schnellschreib- Unterricht!

Drei verschiedene Schriften für 6 Mark lehrt der Unterzeichnete in den neu eröffneten Schreib-Kursen in der Dresdenerstraße 10 jeden Dienstag und Freitag, Steglitzerstraße 65, III, beim Lehrer, jeden Mittwoch, „Deutschen Kaiser“, Rothbringerstraße 37, jeden Donnerstag von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr.

## Gustav Miethke,

2286] Kalligraph und Schreiblehrer, Steglitzerstraße 65.

## Neue Hamburger Kaffee-Lagerei F. A. Steiner,

Nr. 9 Dresdener-Strasse Nr. 9,  
zwischen Kottbuser-Thor und Oranienplatz.  
Spezialgeschäft für Kaffee, Zucker, Thee, Chokolade, Kakao, Vanille u. [2744]  
Den geehrten Hausfrauen als sehr vorteilhafte Einkaufsquelle empfohlen. Hohe Kaffees, ca. 30 Sorten, à Pfd. von 60 Pf. an, Souchong-Thee, feinschmeckend, Pfd. von 2 M. an, Chokolade, garantiert rein Kakao und Zucker, von 1 M. an.

Meinen werthen Vereins- und Bezirks-Genossen empfehle ich mich zum Einrahmen aller Arten Bilder zu soliden Preisen.

## Karl Scholz,

Bückerstr. 51, S. II.

## Zur Wintersaison

empfehle meine  
Fabrik vorzüglicher Filz-, Double- u. Holzschuhe,  
ebenso  
Pantinen in allen Größen. [2082]  
G. Geyer, so., Mariannenstraße 10, so.

## Jede Art Buchbinderarbeit

53 wird angefertigt bei N. Kohlhardt, Brandenburgstraße 56, Buchbinder, Mitglied des Arbeiter-Bezirksverein „Vorwärts“.

Soeben erschienen.  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44:

## Die Arbeiter-Schutzgesetzgebung im Deutschen Reiche.

Eine sozialpolitische Studie für Jedermann  
von  
Dr. Max Quard.  
Preis M. 1.—

## Grüße des Verdenden.

Gedichte  
eines demokratischen Redakteurs im neuen Deutschen Reiche.  
Von  
Johannes Wedde.  
Zweite, mit Erläuterungen versehene Ausgabe. [15]  
Preis M. 3.—

## Cigarren und Tabake,

Pfeifen and Cigarren-Spißen in größter Auswahl.  
**M. Meyer,**  
Koppenstraße 66, zweites Haus vom Grünen Weg.

Neu eröffnet.

## G. Richter's Restaurant,

Kottbuserstr. 2, früher „Alte Linde“, empfiehlt seinen neu eingerichteten Saal für Vereine, 150 bis 200 Personen fassend, mit und ohne Bühne, zur unentgeltlichen Benützung. Ausschank von Weiß- und Baitisch-Bier. a la carte zu billigen Preisen. [2750]

Für 8 Akthl. 1 g. Piano zu verk. Oranienstr. 4, 2 Tr. I. [24]

## Arbeitsmarkt.

60 Geübte Stuhlfllechterinnen werden verlangt bei Ferau, Skalitzerstr. 105, part.

## Berein der Bau-Anschläger.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich Sebastianstr. 50 bei Dpaq. [16]

## en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabaks. Reich assortirtes Lager erst türkischer, russischer und ameritanischer Cigaretten und Tabaks. Galt Nordhäuser Lautabak.